

**9. November 1938
2014**

76 Jahre nach den
Novemberpogromen
Solidarität mit den
Opfern des deutschen
Antisemitismus &
Rassismus

„Es ist geschehen und folglich
kann es wieder geschehen.“
Primo Levi

Sonntag,
9. November, 14 Uhr
Mahnmal Levetzowstraße
Gedenkkundgebung und anschließend
antifaschistische Demonstration in Moabit



Veranstalterin:
Unterstützerinnen:

AIM, Mitglied in der Berliner VVN-BdA
A2B, ANA, AFH, AZE

INHALT

Impressum	Seite 2
Editorial	Seite 3
Aufruf 9. November	Seite 4
Chronologie	Seite 8
Interview mit Andrej Hermlin	Seite 9
Das Sammellager in der Synagoge Levetzowstraße	Seite 12
Keine Alternative für Deutschland	Seite 13
NSU: Staat und Nazis Hand in Hand	Seite 14
Antisemitismus „made in germany“	Seite 15
Im Gedenken an Burak	Seite 16
Wo bleibt der Aufschrei?	Seite 17
Deutsches Jahr	Seite 19

Unterstützer_innen: (Stand
19.10.2014)

Autonome Neuköllner Antifa [ANA]
autonome_neukoellner_antifa@riseup.
net
www.antifa-neukoelln.net

Autonome Antifa Berlin (A2B)
a2b@riseup.net
www.a2berlin.org

Berliner Vereinigung der Verfolgten des
Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen
und Antifaschisten e.V.
berlin@vvn-bda.de
www.berlin.vvn-bda.de

aze – andere Zustände ermöglichen
aze@riseup.net
aze.blogsport.eu

Impressum:
Antifaschistische Initiative Moabit [AIM]
a_i_m@gmx.de
www.antifa-moabit.de.vu

V.i.S.d.P.: Berliner VVN-BdA e.V.,
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Auflage: 1.500

Gefördert durch:



OPERATION LAST CHANCE

SPÄT,
ABER NICHT..
ZU SPÄT.

Millionen Unschuldiger wurden von Nazi-Kriegsverbrechern ermordet.
Einige der Täter sind frei und am Leben!
Helfen Sie uns, diese vor Gericht zu bringen.
Bis zu € 25.000,- Belohnung für wertvolle Informationen.

www.operationlastchance.org
info@operationlastchance.de
Hotline: 0800 - 5894806

Am helllichten Tag und unter aller Augen ...

In diesem Jahr jähren sich die ersten Deportationen aus Berlin zum 73. Mal. Am 18. Oktober 1941 verließ vom Gleis 17 des Bahnhofs Grunewald der erste Deportationszug Berlin in Richtung des Ghettos Litzmannstadt/Lodz. Knapp ein Jahr später, ab August 1942, wurden diese vom Bahnhof an der Putlitzbrücke in Moabit fortgesetzt. Daher rufen wir seit 1990, so auch in diesem Jahr, am Jahrestag der Pogrome von 1938, zu einer Gedenkkundgebung am Mahnmal an der ehemaligen Synagoge in der Levetzowstraße in Moabit auf. In den letzten Jahren haben sich dort am 9. November regelmäßig viele hundert Menschen an unserer Kundgebung und der anschließenden Demonstration beteiligt.

Die Demonstration orientiert sich dabei an dem Weg, den die Juden*Jüdinnen vom Sammellager in der Levetzowstraße zum Deportationsbahnhof an der Putlitzbrücke unter den Augen der Bevölkerung gehen mussten. Von den Gleisen 69, 81 und 82 aus wurden 30.000 Berliner Juden*Jüdinnen in die Vernichtungslager deportiert, unter ihnen 1.800 Menschen aus Moabit. Wir werden auf unserer Demonstration an verschiedenen Orten an jüdische Mitbürger*innen erinnern. Moabit ist heute ein Ort behördlicher Gängelung von Flüchtlingen durch Sondergesetze sowie schwieriger Lebensverhältnisse und der Ausgrenzung in Sammelunterkünften. Auch davon wird auf unserer Demonstration die Rede sein.

Besonders möchten wir in diesem Jahr an die vor 70 Jahren begonnene Revolte der Gefangenen im Vernichtungslager Auschwitz erinnern. Am 7. Oktober 1944 griffen jüdische Häftlinge des „Sonderkommandos“ die SS-Offiziere an und versuchten, die Krematoriumsgebäude mit selbst gebauten Granaten in Brand zu setzen. Deren Sprengstoff hatten weibliche Häftlinge zuvor aus einer Waffenfabrik eingeschmuggelt. Anschließend versuchten die Häftlinge zu fliehen, sie wurden jedoch von den Bewachern gefasst und getötet. Die Wachmannschaften töteten im Laufe des Aufstandes rund 700 Gefangene. Auch wenn sie scheiterte, ist die Revolte von besonderer Bedeutung. Von den Sonderkommandos überlebten kaum mehr als 90 Menschen, häufig geplagt von Selbstwürfen. Für sie ist der Kampf wichtiger Teil der Selbstbehauptung.

Wir möchten auch an einen weiteren Aufstand im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz im Jahre 1944 erinnern. Als sich bei den dort gefangenen Sinti und Roma herumsprach, dass alle Insass*innen des Lagers am 16. Mai 1944 umgebracht werden sollen, beschlossen sie, nicht widerstandslos in den Tod zu gehen. Sie vereinbarten, einfach in den Baracken zu bleiben, wenn der Räumungsbefehl der SS ertönte. Die Häftlinge, oft ehemalige Wehrmachtssoldaten, hatten sich, mit Stöcken, Schaufeln und Messern bewaffnet, die sie sich aus Blech geschliffen haben. So sei es dann auch geschehen, berichtete der Sinto Hugo Höllenreiner, der den Widerstand als Elf-

jähriger miterlebt hatte. „Wir kommen nicht raus!“, habe sein Vater geschrien, erzählt er. „Wenn ihr was wollt, müsst ihr reinkommen!“ Das Unglaubliche geschah. Die SS rückte ab. Der Aufstand hatte Erfolg. Dennoch überlebten die meisten Insass*innen des sog. „Zigeunerlagers“ den Aufstand nur um ein paar Monate. In der Nacht vom 31. Juli zum 1. August 1944 wurden fast alle Gefangenen durch die SS liquidiert. Dem Überlebenden Höllenreiner hat der Aufstand seine Selbstachtung bewahrt: „Ich bin heute noch stolz darauf, dass sich die Leute gewehrt haben.“

Das Ausmaß der Vernichtung ist unüberschaubar, der Widerstand in all seinen Formen ist daher besonders wichtig und soll in unserem Gedenken einen besonderen Platz einnehmen.

Diese Zeitung und unsere Gedenkkundgebung und Demonstration am 9. November sind ein kleiner, aber entschiedener Gegenpart zu den deutschen Zuständen. Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus und Nationalismus gehören in Deutschland keineswegs der Vergangenheit an. Den Betroffenen damals und heute gilt unsere Solidarität. Die Erinnerung an die deutschen Verbrechen, den Holocaust, wachzuhalten, daran zu erinnern, dass eine Mehrheit der Deutschen den Verbrechen zustimmte, ist unserer Anliegen. Darauf hinzuweisen, dass auch heute oft Ablehnung, Mitleidlosigkeit und Hass gegen Flüchtlinge in unserer Gesellschaft herrschen, wie bei den Protesten gegen Flüchtlingsunterkünfte in Berlin und anderen Orten in Deutschland, ist uns ebenso wichtig. Es erschüttert uns, dass Jüdinnen*Juden und Sintiza*Sinti und Romnja*Rroma nach wie vor Ablehnung, Ausgrenzung und Hass ausgesetzt sind.

Wir freuen uns, dass wir Vera Friedländer (* 27. Februar 1928) als Zeitzeugin und Überlebende des Naziterrors bei uns am 9. November begrüßen dürfen. Den ganzen Krieg über lebte sie in Angst um sich und um ihre Familie. Ihre Mutter war Jüdin, ihr Vater Christ. Als Anfang März 1943 ihre Mutter im Rahmen der „Fabrikaktion“ in der Großen Hamburger Straße in Berlin festgehalten wurde, harrete sie als 15-Jährige mit ihrem Vater viele Stunden vor der Gestapo-Sammelstelle aus. Glücklicherweise gelang es, ihre Mutter und die anderen festgenommenen Juden*Jüdinnen wieder freizubekommen. Ihr Vater wurde später wegen „Rassenschande“ in einem Lager bei Merseburg bis zum Kriegsende inhaftiert.

Wir freuen uns, dass uns Andrée Leusink (* 14. Mai 1938 in Frankreich) als Zeitzeugin und Überlebende des Naziterrors zum wiederholten Male besucht. Sie überlebte als verstecktes Kind den Holocaust in Frankreich, wohin sich ihre Eltern vor den Nazis geflüchtet hatten und in der Schweiz. Heute ist sie aktiv in der antifaschistischen Bewegung, darunter den „Child Survivors Deutschland - Überlebende Kinder der Shoah“ und der VVN-BdA Berlin-Pankow.

Für die musikalische Unterstützung sorgt die Gruppe „Zhetwa“.

AIM / Antifaschistische Initiative Moabit [AIM], Oktober 2014

Gedenkkundgebung und antifaschistische Demonstration.

9. November 2014, 14 Uhr, Deportationsmahnmal in der Levetzowstraße (Ecke Jagowstraße) in Moabit

Juden in Deutschland Paul Spiegel stellte schon vor 14 Jahren klar: „Es darf aber niemals das Gedenken an den 9. November 1938 - an den staatlich organisierten Pogrom - verdrängen und schon gar nicht zu einem „Feiertag 9. November“ führen. Denn Volksfeststimmung mit Würstchenbuden und Bierzelten, die der Freude über die Niederreißung der Mauer angemessen sind, taugen nicht zum Gedenken an die Millionen von Toten des Naziterrors.“

Auch war in diesem Jahr bisher wenig zum 75. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs zu hören. Der Überfall auf Polen am 1. September 1939 leitete den Übergang von der Verfolgung und Diskriminierung der Jüdinnen*Juden zu Deportation und Ermordung ein. Der Einmarsch der Wehrmacht in Polen war begleitet von Exzessen an der polnischen Bevölkerung. Jüdinnen*Juden wurden auf offener Straße schikaniert und gequält, Synagogen entweiht und zerstört, jüdische Wohngebiete geräumt und ihre Bewohner*innen in Ghettos zusammengepfercht. Spontane Morde durch Wehrmachtssoldaten waren an der Tagesordnung. Bereits am 2. September 1939 wurde das KZ-Stutthof bei Danzig „eröffnet“. Im sogenannten „Warthegau“ wetteiferten die neuingesetzten NS-Statthalter darum, welche Verwaltungsbezirke als erstes „judenfrei“ seien. Zu den allerersten Opfern gehörten auch sogenannte „Geisteskranke“. Die neuen deutschen Leiter der polnischen Heilanstalten Owinska, Dziekanka, Koscian, Srem, Warta, Turek, Konin und Wloclawek ließen die Patient*innen von dem Sonderkommando Lange in Gaswagen töten. Kranke aus pommerschen und westpreußischen Heilanstalten wurden von dem SS-Wachsturmbann Eimann im Wald von Piasnica erschossen. Dort wurden auch 10.000 Deportierte aus Deutschland - Jüdinnen*Juden, Antifaschist*innen, Deutsche polnischer und tschechischer Herkunft, sowie in Deutschland lebende Pol*innen - erschossen.

Viele der damaligen Mörder*innen wurden bis heute nicht zur Verantwortung gezogen und konnten ihr Leben nach 1945 unbehelligt in Straflosigkeit weiterführen. Seit 2011 werden jedoch in Deutschland zahlreiche neue Ermittlungsverfahren gegen noch lebende mutmaßliche NS-Kriegsverbrecher eröffnet. Seit dem Urteil gegen den KZ-Aufseher John Demjanjuk reicht „jede Tätigkeit in einem Konzentrationslager aus, um wegen der Beihilfe zum Mord zu verurteilen.“ Aber die meisten Verfahren wurden auch wegen Verhandlungsunfähigkeit der Angeklagten gleich wieder eingestellt. Gleichzeitig werden die Methoden und das Ausmaß, mit denen über Jahrzehnte in Deutschland NS-Täter*innen geschützt wurden, immer offensichtlicher. Efraim Zuroff, Leiter des Jerusalemer Büros des Simon-Wiesenthal-Zentrums mahnt zur Eile bei der Eröffnung der Ermittlungsverfahren: „Wir haben nicht mehr viel Zeit, denn 98 Prozent der NS-Täter sind schon tot.“

Nicht trotz, sondern gerade wegen der Gräueltaten der deutschen Wehrmacht in Polen, der Sowjetunion und ganz Europa beansprucht die deutsche Bundeswehr heute wieder, militärisch aktiv zu sein. Indem sie aus ihrer Geschichte gelernt habe, schlägt sie daraus noch moralisches Kapital zwecks Legitimation der heutigen Militarisierungspolitik. Das machten auch die Rede von Bundespräsident Gauck anlässlich der deutschen und polnischen Gedenkfeiern 2014 zum 1. September 1939, dem 75. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen, deutlich. Zwar fand selbst Gauck deutliche Worte zu den deutschen Verbrechen in Polen, aber er ging dann sehr schnell den Weg zur Gegenwart mit deutlichen Drohungen gegen Russland. „Uns führt heute das Gedenken zusammen“, sagte Gauck. „Aber genauso stehen wir angesichts der aktuellen Bedrohung zusammen.“ Und mit den Worten - „Die Geschichte lehrt uns, dass territoriale Zugeständnisse den Appetit von Aggressoren oft nur vergrößern“ - setzt er

das heutige Russland vor dem Hintergrund des Ukraine Konflikts mit NS-Deutschland gleich. Kein Wort darüber, das Polen auch das Aufmarschgebiet zum Überfall auf die Sowjetunion war.

„Asylkompromiss“ 2.0 – Deutschland. Kein Ort für Roma

Am 3. Juni 1993 verabschiedete der Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP und SPD den „Asylkompromiss“. Voraus gegangen waren die Pogrome von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen. Er beseitigte mit der Einführung des Prinzips der „sicheren Drittstaaten“ de facto das Recht auf Asyl: Alle EU-Staaten seien solche und Deutschland besitzt mittlerweile keine unmittelbare EU-Außengrenze mehr. Flüchtlinge müssen deshalb andere EU-Staaten durchqueren um hier her zu gelangen. Ein erfolgversprechender Asylantrag in Deutschland sollte so unmöglich gemacht werden. Damit wurde auch eine im Grundgesetz festgeschriebene Konsequenz aus dem NS annulliert. In der Folge wurden bis heute immer mehr Staaten zu sicheren Drittstaaten erklärt. Der letzte Coup der vereinten deutschen Flüchtlingsabwehrfront war die Einstufung Serbiens, Mazedoniens und Bosnien-Herzegowinas als so genannte „sichere Herkunftsstaaten“ im September 2014. Damit stehen Geflüchtete aus diesen Ländern in Zukunft weitestgehend schutzlos da.

Pro Asyl erklärte dazu: „Die individuelle Asylprüfung, das Kernstück des Asylverfahrens, wird für die Flüchtlinge aus den als sicher etikettierten Staaten durch dessen Karikatur ersetzt. Dabei sind in den Balkanstaaten Minderheiten weitgehend schutzlos rassistischen Übergriffen ausgesetzt, Homosexuelle werden diskriminiert und angegriffen. Ausgrenzung und Diskriminierung von Roma in den Balkanstaaten haben eine derartige Dimension, dass sie existenz- und lebensgefährdend sein können.“

Ermöglicht wurde dieses Gesetz durch die Zustimmung des grünen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann. Erinnern wir uns: Es waren Roma-Flüchtlinge die in Rostock-Lichtenhagen die ersten Opfer des „Volkszorns“ waren. Es war der grüne Außenminister Fischer der 1999 behauptete, dass „die Bundeswehr in Bosnien ist“ und dass sie darum „wohl auch in das Kosovo gehen“ wird, um ein „neues Auschwitz“ zu verhindern. Holocaustüberlebende erklärten damals: „Wir Überlebenden von Auschwitz und anderen Massenvernichtungslagern verurteilen den Mißbrauch, den Sie und andere Politiker mit den Toten von Auschwitz, mit dem von Hitlerfaschisten im Namen der deutschen Herrenmenschen vorbereiteten und begangenen Völkermord an Juden, Sinti und Roma und Slawen betreiben. (...) Die Folgen eines solchen Handelns werden ein Wiedererwachen der Kräfte sein, die 1945 entscheidend geschlagen zu sein schienen.“ Sie sollten recht behalten.

Die Geflüchteten, die Deutschland dennoch erreichen, erwartet hier rassistische Sondergesetze wie die isolierende Unterbringung in Sammelunterkünften. Dort sind sie der Willkür der „Sicherheits“-Dienste ausgeliefert, wie die jüngsten Vorfälle in einem Flüchtlingsheim im nordrhein-westfälischen Burbach zeigen.

Aber auch außerhalb dieser Unterkünfte schlägt den Bewohner*innen regelmäßig der Rassismus der deutschen Mehrheitsgesellschaft entgegen. In den Jahren 2013 und 2014 gab es eine deutschlandweite rassistische Kampagne von selbsternannten Bürgerinitiativen gegen (neue) Flüchtlingsunterkünfte und ihre Bewohner*innen. In Berlin-Hellersdorf oder im sächsischen Schneeberg beispielsweise machte eine unappetitliche Mischung aus lokaler Nazi-Szene und aktivierten Durchschnittsrassist*innen gemeinsam gegen Geflüchtete mobil: Von hemmungslosen Hasstiraden im Internet, über Demonstrationen, Übergriffen bis zu Brandanschlägen war ihnen dabei (fast) jedes Mittel recht.

All sei nichts passiert – NSU ohne Konsequenzen

Zwischen 2000 und 2007 brachte der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) mindestens neun Migrant*innen sowie eine Polizistin um und verübte brutale Bombenanschläge. Als sich die NSU-Mitglieder Uwe Mundlos und Uwe Boenhardt selbst enttarnten, kam ans Licht, was man hätte schon lange wissen können. Verfassungsschützer*innen von Bund und Ländern hatten seit Anfang der 90iger Jahre den Aufbau einer terroristischen Neonaziszene finanziell und logistisch über sogenannte V-Leute unterstützt und die Aufklärung von neonazistischen Straftaten systematisch behindert oder unterbunden.

In der Folge gibt es einen Prozess gegen das mutmaßliche NSU-Mitglied Beate Zschäpe, der es mit seinem verengten Blick auf das NSU-Trio von vornherein unmöglich macht, ihr sehr wahrscheinlich weit verzweigtes Unterstützungsnetzwerk zu berücksichtigen. Vom Prozess ist keine umfassende Aufklärung zu erwarten.

Die daraus gezogenen politischen Konsequenzen bestehen in der Belohnung des Verfassungsschutzes: Das Prinzip des V-Mannes mit weitreichendem Quellenschutz bleibt unangetastet. Es wird lediglich zu einem Vermittlungs- und Kommunikationsproblem verklärt. Denn da die Glaubwürdigkeit des VS gelitten habe, müsse dieser sich stärker für die Zivilgesellschaft öffnen, um seine umfangreiche Unterstützung neonazistischer Schläger und Mörder besser bewerben zu können.

Israel - Staat der Überlebenden des Holocaust

Ungefähr 200.000 Überlebende des Holocaust leben heute noch in Israel. Israel wurde während und nach dem Zweiten Weltkrieg Zufluchtsort für diejenigen, die sich dem Morden des Naziregimes entziehen konnten. Unter den Kämpfenden des israelischen Unabhängigkeitskrieges von 1948 waren sehr viele Jüdinnen*Juden, die das Naziregime knapp überlebt und als Partisan*innen oder Soldat*innen der Alliierten gegen die Deutschen gekämpft hatten. Antifaschistische Organisationen wie die VVN begrüßten damals die Gründung des Staates Israel als einen notwendigen Schritt zur Schaffung eines Ortes, wo es keine antisemitische Ausgrenzung und Morddrohungen mehr geben sollte und jüdisches Leben nach dem Holocaust wieder möglich wird.

Aber 69 Jahre nach der Beendigung des Holocaust an den europäischen Jüdinnen*Juden muss Israel weiterhin gegen weltweite Delegitimierungsversuche und politische Bewegungen, wie der Hamas, in seinen Nachbarländern und weiteren Ländern kämpfen, die dem jüdischen Staat jegliche Existenzberechtigung absprechen und ihn aktiv bekämpfen. Diese Anfeindungen fordern bis heute die Solidarität von Antifaschist*innen mit den angegriffenen Jüdinnen*Juden.

„Erinnern heißt handeln“ (Esther Bejarano, Auschwitz-Komitee)

„Aus der Erfahrung unseres Lebens sagen wir: Nie mehr schweigen, wegsehen, wie und wo auch immer Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit hervortreten!“

Dies haben uns die überlebenden Opfer des Nazismus und lebenslange Kämpfer*innen gegen Neonazismus immer wieder aufgetragen, sie haben uns begleitet, unterstützt und ermutigt. Sie haben uns erklärt, was es bedeutet als Flüchtling leben zu müssen, was es bedeutet nicht mehr als Mensch betrachtet zu werden. Aber sie haben uns auch nahegebracht, wie wichtig Solidarität und Widerstand sind. Wir werden unsere Kämpfe bald ohne sie führen und eigene Worte und Wege finden müssen.

Dem Gedenken an die deutschen NS-Verbrechen, an die Opfer des Faschismus und dem Vermächtnis des antifaschistischen Widerstands auch weiterhin Gehör zu verschaffen sowie Konsequenzen daraus einzufordern, bleibt die wichtigste Aufgabe für alle Antifaschist*innen. In diesem Sinne hoffen wir, möglichst viele von Euch am 9. November auf der Gedenkdemo in Moabit zu sehen.

Antifaschistische Initiative Moabit [AIM]

Autonome Neuköllner Antifa [ANA],

Autonome Antifa Berlin [A2B],

2014

Krieg und Holocaust

1. September 1939	Beginn des deutschen Angriffskriegs gegen Polen		
8. Februar 1940	Die Errichtung eines Ghettos in Łódź wird angeordnet		
27. April 1940	Errichtung des Konzentrationslagers Auschwitz		
16. Oktober 1940	Das Warschauer Ghetto wird auf Anordnung Heinrich Himmlers eingerichtet	20. März 1942	Im Vernichtungslager Auschwitz II (Birkenau) beginnt der industrielle Massenmord
22. Juni 1941	Beginn des deutschen Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion	Ende April 1942	Beginn der Massenmorde in den Gaskammern des Vernichtungslagers Sobibór
1. September 1941	Im Deutschen Reich wird der „Judenstern“ als obligatorisches Kennzeichen für alle Jüdinnen und Juden ab dem sechsten Lebensjahr an eingeführt	22. Juli 1942	Die ersten Bewohner*innen des Warschauer Ghettos werden nach Treblinka deportiert
30. September 1941	33.711 Juden*Jüdinnen werden bei der Mordaktion in der Schlucht von Babi Jar nahe Kiew ermordet	29. Januar 1943	Das Reichssicherheitshauptamt ordnet die Deportation der noch lebenden Sinti & Roma aus dem Deutschen Reich an
16. Oktober 1941	Beginn der Deportationen aus Deutschland, Österreich und dem „Protektorat“	19. April 1943	Der über einen Monat dauernde Aufstand im Warschauer Ghetto beginnt.
08. Dezember 1941	Beginn der Massenmorde im Vernichtungslager Chelmno/Kulmhof	2. August 1943	Revolte im Vernichtungslager Treblinka. Etwa 70-150 Juden*Jüdinnen gelingt die Flucht
20. Januar 1942	Auf der „Wannsee-Konferenz“ wird die „Endlösung der Judenfrage“ koordiniert	14. Oktober 1943	Aufstand im Vernichtungslager Sobibór. 200 Menschen fliehen. 45 erleben die Befreiung
17. März 1942	Beginn der Massentötungen im Vernichtungslager Belzec im besetzten Polen	19. März 1944	Besetzung Ungarns
		15. Mai 1944	Beginn der Massendeportation der ungarischen Juden und Jüdinnen
		1. August 1944	Der „Warschauer Aufstand“ beginnt
		27. Januar 1945	Befreiung des KZ und Vernichtungslagers Auschwitz

„Ja verdammt nochmal. Wieso denn die Radfahrer?“ Worauf der andere entgegnet: „Ja, wieso denn die Juden?“

Interview mit Andrej Hermlin



Findest du es alarmierend, dass sich so viele Leute in letzter Zeit wieder gehäuft zu israelfeindlichen und antisemitischen Äußerungen hinreißen lassen?

Wirklich überraschend und wirklich neu ist es natürlich nicht. Das ist eine deutsche Krankheit. Aber sie äußert sich in der letzten Zeit, in den letzten Monaten deutlicher, auch aggressiver und selbstbewusster. Natürlich höre ich schon, wie man entgegnet, das ist ja nicht antisemitisch, das ist nur eine Kritik an der Politik der israelischen Regierung. Es ist vollkommen klar, dass jede Regierung für ihre Politik kritisiert werden kann und auch kritisiert werden muss. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Es ist auch vollkommen klar, dass die Politik der israelischen Regierung, nicht nur hierzulande, sondern auch in Israel selbst Kritiker findet. Das ist völlig in Ordnung so.

Ich frage mich allerdings, woher die Emotion kommt in Deutschland, wenn von Israel und dem Konflikt mit den Palästinensern die Rede ist. Es gibt auf dieser Erde gerade im Augenblick viele wirklich blutrünstige Konflikte: in Syrien, im Irak, in der Zentralafrikanischen Republik, im Süden Sudans. Dort werden abertausende von Menschen getötet, aber das Seltsame ist, dass bei uns in Deutschland die große emotionale Welle des Protests in diesen Situationen ausbleibt. Ganz anders verhält es sich aber bei dem Konflikt im Gaza-Streifen. Und die Frage muss erlaubt sein, woher kommt diese Emotion? Natürlich habe ich eine Vermutung. Ich glaube, dass der Groll, dieser versteckte Groll, den viele Menschen in Deutschland gegen die Juden hegen, in Wahrheit nur sehr geschickt verborgen ist hinter der sogenannten Kritik an Israel. Manche sind bereit, das offen zu sagen. Andere aber, die meisten wohl, versuchen sich hinter der Losung von der angeblichen Kritik an Israel zu verstecken, was ich übrigens für ziemlich feige halte.

Besonders trübe ist natürlich der Umstand, dass sich Menschen, die sich selbst zur deutschen Linken zählen - einige sind auch Mitglieder der gleichnamigen Partei - an Kundgebungen beteiligen, die offen antisemitisch sind. An Demonstrationen also, auf denen gerufen wird: „Jude, Jude, feiges Schwein – komm heraus und kämpf allein“. Das ist natürlich schon eine neue Qualität. Das hat es so seit 1945 nicht mehr gegeben.

Wer - noch dazu als Linker - an einer Kundgebung teilnimmt – auf der solche Parolen gerufen werden, stellt sich außerhalb jedes ernsthaften Diskurses und ist auch nicht links. Links ist niemals antisemitisch. Antisemitismus ist niemals links. Es ist hilfreich, sich an die Worte Lenins zu erinnern. Ich kann ihn nicht wörtlich zitieren, nur dem Sinne nach. Es heißt bei Lenin, dass dort wo die feige Pest des Antisemitismus sei, niemals Sozialismus entstehen könne.

Es wird ja in den letzten Wochen und Monaten von einem neuen Israelhass und einem neuen Antisemitismus geredet. Gibt es diesen neuen Antisemitismus oder ist es doch der alte?

Der neue ist der alte und der alte ist der neue. Es ist wie gesagt, die gleiche alte Krankheit. () Die Menschen suchen nach einer Gruppe, die sie verantwortlich machen können für den vermeintlichen oder tatsächlichen Unbill, der ihnen wiederfährt. Irgendjemand muss schuld daran sein, dass die Dinge nicht so laufen, wie sie laufen sollten.

Natürlich sind sie niemals selbst schuld, das muss jemand anderes sein.

Mein Vater pflegte immer eine Anekdote zu erzählen, die offenkundig Anfang der Dreißiger Jahre in Deutschland spielt. Es sitzen zwei Herren im Zug und unterhalten sich. Während des Gesprächs sagt einer der beiden Herren: „Wissen Sie, am Unglück Deutschlands sind die Juden schuld.“ Der andere Mann guckt ihn verwundert an und sagt: „Sie irren sich. Es sind nicht die Juden, es sind die Radfahrer.“ Worauf der andere wiederum entgegnet: „Aber nein, doch nicht die Radfahrer. Die Juden sind schuld am Unglück Deutschlands.“ Und der andere entgegnet: „Nein, nein, nein nicht die Juden, es sind die Radfahrer.“ Und so geht es eine Weile hin und her, bis einem schließlich die Hutschnur platzt und er brüllt: „Ja verdammt nochmal. Wieso denn die Radfahrer?“ Worauf der andere entgegnet: „Ja, wieso denn die Juden?“

Es ist letzten Endes eine Erkrankung, ein Wahn. Das ist macht die Lage auch so hoffnungslos, denn ein Wahn, noch dazu ein kollektiver Wahn, lässt sich schlecht behandeln. Ich kann () Menschen nicht mit logischen Argumenten kommen, wenn sie behaupten, es gäbe eine jüdische Weltverschwörung, wenn sie glauben, die Juden beherrschten die Medien und das Bankwesen, sie hätten alles unter Kontrolle. Einem solchen Wahn entgegen zu treten ist nahezu unmöglich. Hinzu kommt, und das ist dann doch neu, dass sich dieser Wahn deutlich selbstbewusster äußert. Es sind Tabus gefallen. Früher hat man vielleicht zu Hause oder in der Kneipe einen Judenwitz erzählt. Inzwischen sind antisemitische Äußerungen en vogue und sie finden viel Beifall, denn der Wahn verbreitet sich. Er hat inzwischen Gruppierungen erfasst, die vorher immun schienen. Ich sage bewusst immun schienen, wahrscheinlich waren sie es gar nicht. Die häufigste Form des neuen Antisemitismus äußert sich in Form einer Schuldzuweisung an eine angebliche jüdische Lobby, die unser Leben, das Bankwesen und die Medien kontrolliere, die die Wahrheit unterdrücke, die die Deutschen veranlasse im Büßerhemd zu gehen und sie fortwährend zwingen, sich an den Holocaust zu erinnern. Es werden Vergleiche angestellt, die historisch vollkommen wahnwitzig sind: Das, was die Juden heute den Palästinensern antäten gleiche dem, was ihnen selbst in Treblinka, Sobibor, Majdanek und Auschwitz widerfahren ist. Das ist eine absolut gängige antisemitische Propaganda, die regelmässig zu hören ist. Natürlich gibt es Entscheidungen der israelische Regierung, die falsch sind. Und ja, es kommt nicht nur durch die Hamas, sondern auch in Israel zu Verstößen gegen die Menschenrechte. Das bestreitet niemand, aber all das in eine Reihe zu stellen mit der industriellen Vergasung von 6 Millionen Menschen – Wie wahnsinnig muss man sein, um auf eine solche Idee zu kommen?

Ich weiß, dass ich da rede wie gegen eine Wand. Ich weiß auch, dass ich mit meinen Gefühlen, mit meinen Gedanken diese Menschen nicht erreiche. Sie erreichen mich auch nicht, das ist ein Geben und Nehmen, keine Frage. Wir werden uns nicht mehr einig – Ich bin ihr Feind und sie sind meine Feinde. Übrigens auch dann, wenn sie Mitglieder meiner Partei sind.

Auch vor dem Hintergrund der Demonstrationen in Solidarität zur Gaza oder auch der Al-Quds Demonstration in Berlin, wir sprachen davon: „Jude, Jude, feiges Schwein“ wurde da gerufen, spielen viele Deutsche jetzt die verfolgte Unschuld und machen vor allem Migranten für den Antisemitismus hierzulande verantwortlich?

Das ist ein simpler Trick. Gerade in der Presse wird in letzter Zeit behauptet, der Antisemitismus hierzulande sei der Antisemitismus jener Menschen, die aus arabischen Ländern zu uns gekommen sind. Dass der dort besonders verbreitet ist, ist unstrittig. Aber die deutschen Antisemiten mit diesem Verweis gleichsam aus ihrer Verantwortung zu entlassen, ist natürlich billig.

In Wahrheit verhält es sich so, dass sich hier plötzlich Menschen miteinander verbünden, die eigentlich sonst nichts miteinander zu tun haben. Nämlich Neonazis, Palästinenser, Araber, linke Antisemiten.

Die Gründe für antisemitische Ressentiments unter den arabischen Jugendlichen sind sicherlich andere als bei den Deutschen. Das ergibt sich aus der höchst unterschiedlichen Geschichte. Aber der deutsche Antisemitismus, mit dem wir im Moment konfrontiert sind, ist letzten Endes eben nicht neu. Ich habe ihn oft genug schon als Kind und Jugendlicher in der DDR erlebt. Auch ist er mir in meiner eigenen Partei immer wieder begegnet. Dieser Antisemitismus der Deutschen ist da und wird nicht dadurch weniger oder besser, dass am Al-Quds-Tag arabische und palästinensische Jugendliche israel- und judenfeindliche Losungen brüllen.

Ich glaube, dass man sich vor allen Dingen erstmal auseinandersetzen muss mit den düsteren Gefühlen in der eigenen Seele anstatt wiederum auf andere zu verweisen. Ich bleibe dabei, es handelt sich bei dieser Welle, die momentan durchs Land schwappt um einen Wahn. Ein Wahn hat nie einen wirklich rationalen Kern. Die meisten Deutschen haben mit Israel gar nichts zu tun. Die meisten Deutschen kennen keinen einzigen Juden persönlich. Sie sind ihnen nicht begegnet und wenn überhaupt, dann wussten sie gar nicht, dass es Juden sind. Sie leiden auch nicht unter ihnen. Warum sollten sie? In welcher Form? Das heißt, im Grunde genommen projizieren sie nur eigene Ängste, eigene Versagensgefühle auf andere Menschen. Das ist eine Projektion, sonst nichts.

Es ist momentan in unsere Gesellschaft eine Tendenz zu erkennen, alles in Frage zu stellen. Die Leute raunen: Die Regierung belügt uns, die Medien belügen uns, es ist eine große Verschwörung der Amerikaner und Juden im Verbund mit den Medien, der NSA, und der FED (Zentralbank der USA) im Gange. Es gab ja diese Montagsdemonstrationen, die durchs Land schwappten, mir schienen sie auf eine Entfremdung zwischen großen Teilen der Bevölkerung einerseits und der Regierung andererseits hinzuweisen.

Ich bin bekanntlich kein großer Sympathisant dieser Regierung und will sie gar nicht verteidigen – aber wenn eine Gesellschaft in dieser Weise auseinanderfällt – ich habe das ja in anderer Form in der DDR erlebt – dann kommt man in schweres Fahrwasser.

Was auffällt, um auf das eigentliche Thema zurück zu kommen, ist, dass inzwischen die Juden in Deutschland sich schon wieder selbst verteidigen und rechtfertigen müssen. Es springt ihnen kaum noch jemand bei. Wir hatten vor Kurzem eine Kundgebung in Berlin, zu der der Zentralrat der Juden in Deutschland aufgerufen hatte. Die Teilnehmer waren vor allem Juden, die aus ganz Deutschland angereist waren. Auch ich habe daran teilgenommen. Wenn man für sich selbst sprechen muss und sich selbst verteidigen muss dann ist das ein ernstes Zeichen. Nicht umsonst gibt es ja bei Gericht Rechtsanwälte, die einen vertreten, damit man sich nicht selbst verteidigen muss. Aber die Anzahl der Rechtsanwälte sozusagen - um in diesem Bild zu bleiben - nimmt drastisch ab. Und die Juden bleiben allein.

Da hast du schon meine nächste Frage ein bisschen vorweg genommen.

Was lässt sich deiner Meinung nach, gegen den wieder wachsenden Antisemitismus in Deutschland tun? Lässt sich was dagegen tun?

Wahrscheinlich werde ich damit wenig Begeisterung auslösen, aber ich glaube ehrlich gesagt, dass man nicht wirklich etwas dagegen tun kann.

Natürlich könnte man jetzt mit Banalitäten kommen und sagen: ja wir müssen aufklären, man muss Veranstaltungen machen, man muss Demonstrationen, Lichterketten organisieren, mit Menschen sprechen und so weiter und so fort. Ich sag ja auch nicht, dass man das nicht tun soll – nur glaube ich nicht an die Wirkung solcher Maßnahmen.

Wir haben in Deutschland eine Situation relativer wirtschaftlicher Stabilität, von der - zugegeben - nur ein Teil der Bevölkerung profitiert. Trotzdem sind die wirtschaftlichen Verhältnisse immer noch recht erträglich für die breite Masse der Bevölkerung. Insofern rechne ich persönlich nicht mit einem unmittelbar bevorstehenden völligen Zerfall dieser Gesellschaft. Aber es gibt Zeichen an der Wand. Ich war immer sehr schlecht in Chemie aber das habe ich gelernt: es gibt Flüssigkeiten, die für sich betrachtet vollkommen harmlos sind aber wenn man sie in einem bestimmten Mischungsverhältnis in ein Reagenzglas kippt, dann explodiert das.

Wenn die wirtschaftliche und soziale Situation sich hierzulande verschlechtern würde und gleichzeitig eine erfolgreiche und charismatische geführte rechte Bewegung entstünde, dann wäre alles möglich - auch die Umdrehung der Verhältnisse in Deutschland. Und dann würde der Antisemitismus von dem wir heute reden zu einer größeren und sehr viel bedrohlicheren gesellschaftlichen Kraft werden.

Für diesen Fall habe ich persönlich vorgesorgt, ich werde dann nicht mehr hier sein mit meiner Familie. Ich werde den Fehler meines Großvaters nicht wiederholen, der in der Reichskristallnacht nach Sachsenhausen gebracht wurde, weil er zu lange gewartet hatte.

Ich hoffe, dass uns das erspart bleibt. Ich hoffe, dass der Kelch an uns vorbei geht. Aber sicher bin ich mir nicht.

Es wird immer wieder behauptet, das alles, was wir im Moment erleben, sei ja kein Antisemitismus. Die Leute sagen: ich habe nichts gegen Juden, ich kritisiere Israel. Es bleibt die Frage: was ist eigentlich Antisemitismus? Wie definiere ich das? Wenn ich sagte: Antisemit ist derjenige, der für die Wiedererrichtung von Gaskammern ist – nun, dann fänden wir wohl nur sehr wenige Antisemiten unter den Deutschen. Wenn ich aber die Deutschen fragte: glaubt ihr, dass die Juden die Welt beherrschen? Glaubt ihr, dass es Zeit ist aufzuhören von der

Shoah zu reden, würde ich zweifellos die entsprechenden, ernüchternden Antworten bekommen.

Graduell abgestuft, glaube ich, ist eine Mehrheit der Deutschen antisemitisch eingestellt. Ich weiß, dass ich dafür keinen empirischen Beweis beibringen kann und es werden mir auch viele Leute widersprechen. Ich glaube es aber trotzdem. Übrigens hat die Übertreibung dieses Problems Deutschland stets weniger geschadet als die Verharmlosung desselben.

Ich gebe nicht auf, noch nicht. Jede unwidersprochene antisemitische, rassistische Bemerkung ist eine Niederlage. Es kommt also darauf an zu widersprechen. Ich will am nächsten Morgen beim Rasieren noch mein Spiegelbild ertragen können und sicher sein: ich habe nicht versagt, ich habe widersprochen. Ich hoffe darauf, dass der Antisemitismus bleibt was er ist – ein Wahn, der noch im Verborgenen wütet. Ich hoffe darauf, dass er mich nicht aus diesem Land vertreibt.

Hoffen darf man ja noch.

Für das Interview trafen wir uns Anfang Oktober 2014 mit Andrej Hermlin in Niederschöneide.

Dort, im Haus seines verstorbenen Vaters, lebt er mit seiner Frau Joyce, sie stammt aus Kenia, und seinen drei Kindern.

Andrej Hermlin wurde 1965 in Berlin als Sohn des Dichters Stephan Hermlin geboren, seine Mutter Irina Belokonewa stammt aus Russland Er ist Swingmusiker und Bandleader des Swing Dance Orchestra. Er ist immer noch Mitglied der LINKE

UBEN ONTEN

DIE LUST AM WIDERSPRUCH:

taz.die tageszeitung hat jetzt ein Wochenmagazin.

**Jetzt testen:
10 Wochen taz für 10 Euro.**

www.taz.de/testabo
abo@taz.de
T (0 30) 2590 2590



Das Sammellager in der Synagoge Levetzowstraße

1914 weihte die Jüdische Gemeinde zu Berlin in der Levetzowstraße eine Synagoge ein, die fortan mit ca. 2.000 Sitzplätzen eine der größten Berlins sein sollte. In ihrer klassizistischen Architektur drückte sich das Selbstbewusstsein der um Anerkennung ringenden jüdischen Bevölkerung in der preußisch-deutschen Hauptstadt aus. Ausgerechnet dieses Gebäude wurde im Zuge der Deportationen zu einem Tatort. Als dem Reichssicherheitshauptamt nachgeordnete Behörde machte das Referat IV D 1, das Judenreferat, zu Beginn der Berliner Deportationen im Oktober 1941 aus der einstmals stolzen Synagoge ein sogenanntes Sammellager. Das während des Pogroms 1938 nur geringfügig beschädigte Gebäude war mit Unterbrechungen bis März 1943 ein gefängnisähnliches, temporäres Zwangslager für Jüdinnen_Juden. In diesem Zeitraum wurden dort unter Verantwortung der Berliner Gestapo ca. 20.000 Menschen zur Vorbereitung der Deportation jeweils zwei bis drei Tage festgehalten und ausgeplündert.

Jede Deportation war ein Großeinsatz der Berliner Polizei mit hundert Beteiligten. Die pro „Transport“ etwa eintausend Opfer wurden vom Oktober 1941 bis zum November 1942 in der Regel zwei Abende bevor dieser Transport Berlin verließ, von Gestapo- und Kriminalbeamten aus ihren Wohnungen „abgeholt“ und mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zur Synagoge gebracht. Stundenlang begab sich ein unübersehbarer Strom von schwerbeladenen »Sterntägern« von der nahe gelegenen Haltestelle in das durch Schutzpolizei bewachte Gebäude. Im Inneren wurden die Opfer und ihr Gepäck von Gestapo-Angehörigen in der »Schleuse« registriert, durchsucht und aus-

geplündert. Sie mussten sämtliche Ausweis- und andere Dokumente abgeben. Anschließend wurden sie - nur unzureichend vor Blicken geschützt - gezwungen, sich nackt auszuziehen, um eine entwürdigende körperliche Untersuchung über sich ergehen zu lassen. Dabei kam es zu Beschimpfungen, Schlägen und sexualisierter Gewalt. Letztere sollte das Selbstwertgefühl der Jüdinnen_Juden zerstören und die Macht der Gestapo demonstrieren. Dieses „Aufnahmeritual“ ähnelte denen in den Konzentrationslagern. Das Sammellager stellte also für viele Jüdinnen und Juden die Einführung in das nationalsozialistische Lager- und Ghettouniversum dar und wird deshalb als Vorstufe der Vernichtung bezeichnet. Bei der Körper- und Gepäckdurchsuchung beschlagnahmten die Gestapo-Angehörigen im staatlichen Auftrag Zahlungsmittel und alle Gegenstände, die ihnen wertvoll erschienen. Diese wurden ebenso wie das komplette Vermögen der Deportierten zugunsten des Deutschen Reiches enteignet.

Nach dem Passieren der »Schleuse« mussten die Jüdinnen_Juden die Nächte auf dem Fußboden der Synagoge verbringen. Kinder wurden sofort nach Ankunft von ihren Eltern getrennt und unter Betreuung von jüdischen Kindergärtnerinnen im Trauzimmer eingesperrt. Dieses war auf zwanzig Kinder ausgerichtet, aber bis zu 70 wurden in diesem „Gefängnis im Gefängnis“ eingepfercht.

Die Aufenthaltsbedingungen im Sammellager beschrieben die Opfer als traumatische Erfahrung. Drangvolle Enge und mangelnde Hygienemöglichkeiten machten den Aufenthalt qualvoll. Für 1.000 Menschen standen keine Duschen, nur wenige Waschbecken und insgesamt zwölf, häufig überlaufende Toiletten zur Verfügung. Die Angehörigen des Judenreferates hatten komfortablere Unterkünfte. Sie spielten dort Karten »während draußen die Menschen um ihr Leben zitterten«, wie eine Überlebende sich ausdrückte.

Das von der Jüdische Gemeinde im Sammellager eingesetzte Hilfspersonal war besonders gekennzeichnet, konnte sich daher im Lager frei bewegen und es zwischen den Schichten verlassen. Dadurch konnten einzelne Helfer_innen unter Lebensgefahr verbotene Nachrichten und Gegenstände der Internierten aus oder in das Lager bringen.

Die zur Deportation Bestimmten fügten sich ebenfalls nicht widerstandslos. Sie versuchten, in der Kleidung eingenähtes Geld durch die »Schleuse« zu schmuggeln und loteten Fluchtmöglichkeiten aus. Als letzten verzweifelten Akt der Selbstbestimmung über das eigene Leben kam es zu Selbsttötungen.

Die »Ausschleusung« aus dem Sammellager und der Weg zum Deportationsbahnhof waren öffentliche Schauspiele. Inhaber_innen der auf der Levetzowstraße vorhandenen Geschäfte, Kund_innen der gegenüber der Synagoge gelegenen Post und Schulkinder beobachteten, wie Jüdinnen_Juden auf Polizeilastwagen geprügelt wurden oder sich zu Fuß zum Bahnhof Grunewald bzw. zum Güterbahnhof Moabit aufmachten. Die Reaktionen waren vielfältig. Viele Menschen sahen keineswegs schweigend zu sondern begrüßten das Vorgehen gegen die Juden. Aber auch indifferentes Zusehen signalisierte den Täter_innen Zustimmung. In Verbindung mit der freiwilligen und widerspruchslosen Pflichterfüllung durch Polizeiangehörige ermöglichte auch diese Zustimmung der Gestapo den ungestörten Betrieb des Sammellagers und die Verschleppung der Opfer. Für die Mehrheit der Verschleppten bedeutete die Deportation den gewaltsamen Tod.

Keine Alternative für Deutschland



„In einer Gesellschaft in der diese Leute das Sagen haben, will doch keiner ernsthaft leben. Beatrix von Storch beim „Marsch für das Leben“ am 20.9.2014 in Berlin.“

Die 2013 gegründete Partei „Alternative für Deutschland“ hat sich seit Mai diesen Jahres im Europaparlament (7 Abgeordnete), in unzähligen Kommunalparlamenten (485 Mandatsträger*innen) und nun auch in den Landtagen von Sachsen (14 Abgeordnete), Thüringen (11 Abgeordnete) und Brandenburg (11 Abgeordnete) breit gemacht! Mit einem Sammelsurium rassistischer, chauvinistischer, christlich-konservativer und marktradikaler Positionen hat sich die AfD einen festen Platz in der Parteienlandschaft erschlichen und schickt sich an, die bevölkerungspolitischen Reformwünsche der Neuen Rechten in die Tat umzusetzen.

Unsolidarisches Reformprojekt

Laut Wahlanalysen haben der Niedergang der FDP, die Enttäuschung über andere Parteien und die Hoffnung auf eine massenwirksame Protestpartei zu den Wahlerfolgen beigetragen. Dabei ist den meisten unklar, was diese „Partei des gesunden Menschenverstandes“ eigentlich will. Sicher ist, dass sie nicht zur Verbesserung der Lebensbedingungen für alle beitragen wird. Denn sie vertritt – unabhängig vom oberflächlichen programatischen Durcheinander und der bekannt gewordenen Querelen innerhalb des Parteiapparats – ein durchweg unsolidarisches Gesellschaftsmodell. Der Sozialstaat soll zugunsten der Wettbewerbsfähigkeit abgebaut werden. Leistungszwang und das Aberkennen bürgerlicher Freiheitsrechte für all diejenigen, die sich ihrem Schicksal nicht fügen können oder wollen, sind die Kernforderungen der AfD. Der offen propagierte Antifeminismus und ein deutlich rückwärtsgewandtes Familienmodell geparrt mit christlicher Sexualmoral (3-Kind-Politik) sollen dafür sorgen, dass Probleme des demografischen Wandels und der gesellschaftlichen Reproduktion wieder ins Private – nämlich auf den Rücken der Frauen – verlagert werden. Zuletzt setzte sich beispielsweise die Berliner AfD-Gründerin und mittlerweile Europa-Abgeordnete Beatrix von Storch an die Spitze des christlich fundamentalistischen „Marsches für das Leben“. Auch die homofeindlichen Proteste gegen die Reform des Sexualkundeunterrichts in Baden-Württemberg werden maßgeblich über das Netzwerk von Beatrix von Storch organisiert.

Das Führungs-Personal, überwiegend männliche Angehörige der gehobenen Schichten (Adel, Unternehmer, Akademiker), lässt eher auf einen „Klassenkampf von oben“ schließen und nicht darauf, dass die AfD wirksam im Sinne bisher gesellschaftlich Benachteiligter agieren wird.

Trotz aller Abgrenzungsbemühungen nach rechts-außen ist auch Fakt, dass die AfD ein Projekt der Neuen Rechten ist. In sämtlichen Führungsgremien und Parlamentsfraktionen sitzen Autor*innen der neurechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF). Der lang gehegte Traum der Neuen Rechten, Deutschland ihre Reformvorhaben nicht nur publizistisch, sondern auch in den Parlamenten aufzuzwingen, scheint mit der AfD in Erfüllung zu gehen.

Strategischer Populismus

Doch wie kommt es, dass die AfD auch von denjenigen gewählt wird, die von den Reformen negativ betroffen sein werden? Dies gelingt ihr durch kluges Marketing und die Instrumentalisierung bereits vorhandener Unsicherheiten. In den Wahlkämpfen wurde von den Kernthemen, z.B. der Abschaffung des Euro-Währungsgebietes, abgerückt und ausschließlich lokale Aufreger bedient, die ohnehin schon in aller Munde waren. Ob „Grenzkriminalität“, geschlossene Kitas oder die Würdigung mancher DDR-Vorzüge, gesagt wurde, was die Leute hören wollten. Möglichst drastisch, aber immer in Abgrenzung zum „Altparteien“-Mainstream und zu anderen rechten Parteien wie der NPD. Dieser Spagat, sich als bürgerlicher Hoffnungsträger gegen Abstiegsängste und gleichzeitig als „softe NPD“ (Zitat vom Brandenburger AfD-Chef Alexander Gauland) darzustellen, ist nicht immer geglückt: Bei den Wahlveranstaltungen tummelten sich Neonazis und mittlerweile werden immer mehr rechte Hintergründe der AfD-Kandidat*innen bekannt. Allein in Brandenburg haben acht von elf der frisch gebackenen Landtagsabgeordneten eine Vergangenheit in extrem rechten Organisationen. Ein ähnliches Bild zeichnet sich bei der angeblichen Demokratieerliebigkeit der AfD. Einerseits werden Volksentscheide nach Schweizer Vorbild gefordert, andererseits die Beschränkung des Wahlrechts für Arbeitslose und die Ausweitung des Interventionsrechts für mehr oder weniger objektive Expert*innen. Zudem: Parteiintern regiert eine kleine Clique um Parteichef Bernd Lucke gibt die Themen vor, bestimmt die Strategie und entmachtet Abweichler*innen in den Landesverbänden.

Die internen Streitigkeiten um Macht und Programm sowie die Abgrenzungsbemühungen nach rechts außen könnten die Fallstricke der AfD sein, an denen die Antifa durch ebenso strategische Aufklärungsarbeit mitstricken sollte. Dass die wichtigsten Strukturen der Partei und ihre Unterstützernetzwerke in Berlin ansässig sind, macht Berlin auch schon vor der Berlinwahl 2016 zum Anti-AfD-Kampffeld.

¹ Die Wahlergebnisse bescheren der Partei neben den Bezügen und Geldern für die Fraktionen auch noch rund 5 Millionen Euro staatliche Parteienfinanzierung jährlich.

Antifa Friedrichshain

Infos zur AfD:
[www.facebook.com/
GegenDieAlternativeFuerDeutschland](http://www.facebook.com/GegenDieAlternativeFuerDeutschland)

NSU: Staat und Nazis Hand in Hand

Rassismus in der Gesellschaft bekämpfen!



Wir sind am 1. November auf die Straße gegangen, weil wir traurig sind. Abdurrahim Özüdoğru, Enver Şimşek, Habil Kılıç, Halit Yozgat, İsmail Yaşar, Mehmet Kubaşık, Mehmet Turgut, Süleyman Taşköprü und Theodoros Boulgarides wurden gewaltsam aus dem Leben gerissen. Unser Mitgefühl ist bei den Hinterbliebenen.

Aber wir sind auch wütend: über den unerträglichen Zustand in dieser Gesellschaft. Vor drei Jahren wurde in der Öffentlichkeit die Existenz eines Netzwerks bekannt, das systematisch und aus rassistischen Motiven Menschen ermordete. Die Opfer waren in allen Fällen Menschen, die von der weißen deutschen Mehrheitsgesellschaft vor allem als Muslime, als ‚die Anderen‘ wahrgenommen wurden. Sie alle wurden an ihren Arbeitsplätzen ermordet, die meisten in ihrem eigenen Laden. Die NSU-Terrorist*innen bestrafte sie dafür, sich in Deutschland ein Leben aufgebaut zu haben. Staatliche Behörden unterstützten diese Morde finanziell und deckten sie strategisch.

Warum gab es keinen Aufschrei? Mitten in einer so genannten „welt-offenen“, „toleranten“ und „demokratischen“ Gesellschaft? Es war – und ist – möglich, weil antimuslimischer Rassismus in Deutschland von so einem breiten Teil der Gesellschaft mitgetragen wird. Wer auch immer von den Morden und Anschlägen des NSU wusste, hat sich darauf verlassen, dass die Menschen, die hier getroffen wurden, in der Gesellschaft nicht den nötigen Rückhalt haben, um eine Aufklärung der Taten einzufordern. Und tatsächlich: die Mordserie wurde in den Medien zuallererst mit rassistischen Bezeichnungen als organisierte Kriminalität dargestellt. Die vermeintlich kritische Öffentlichkeit stellte bis zur (Selbst-)Enttarnung keine Fragen nach anderen naheliegenderen Tatmotiven - ebensowenig wie die weiße Linke und die Antifa.

Wenn wir uns den seit Mai 2013 andauernden „NSU-Prozess“ in München ansehen, wird schnell klar, was wir uns von diesem Prozess

nicht erhoffen können: Aufklärung, Gerechtigkeit und ein Ende rassistischer Gewalt. Denn Beamt_innen lügen offensichtlich vor Gericht und bleiben ungestraft. Fragen von den Nebenkläger_innen, die Aufklärung bringen könnten, werden gar nicht erst zugelassen. Die Angehörigen und Verletzten werden vom vorsitzenden Richter respektlos behandelt, während die angeklagten Nazis mit Samthandschuhen angefasst werden. Der institutionelle Rassismus, der die NSU-Morde und -Anschläge ermöglicht hat, setzt sich im Gerichtssaal fort. Unterschiedliche NSU-Untersuchungsausschüsse haben – dort, wo ihre Einrichtung erkämpft werden konnte – mehrere Tausend Seiten dicke Berichte vorgelegt. Aber auch hier fragen wir uns, was wir uns davon erhoffen können: Soll der Staat seine eigenen Institutionen wie den Verfassungsschutz und Polizeiapparate für überflüssig oder gar gefährlich für viele hier lebende Menschen erklären? Natürlich delegitimiert sich der Staat nicht selbst! Stattdessen erhält der Verfassungsschutz noch weitere Kompetenzen.

Es bleibt der Schmerz derjenigen, die direkt von den Anschlägen des NSU betroffen sind. Sie haben nicht nur Familienmitglieder verloren, nein. Sie wurden dazu noch von Beamt_innen schikaniert. Nach dem schmerzhaften Verlust wurden sie zu Täter_innen gemacht, waren erniedrigenden Fragen ausgesetzt und erhielten kein Beistand von der Öffentlichkeit. Die Verdächtigungen gegen die Ermordeten und ihr Umfeld sorgten für Misstrauen in ihren Communities und machten den Zusammenhalt schwer.

Der Ermittlungsterror, der der NSU-Mordserie folgte, ist nur eine Geschichte von staatlich gestütztem Rassismus in Deutschland. Sie ist bei weitem nicht die einzige. Viele Menschen erleben Rassismus tagtäglich: durch Blicke, Beleidigungen, körperliche Angriffe, durch Diskriminierung in der Schule, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, in Lagern für Geflüchtete, durch systematische Erniedrigung und Gewalt in Behörden und durch die Polizei. Von deutschen Behörden, aber auch von einem gesellschaftlichen Mainstream mitgetragener Rassismus tötet hier, in Abschiebegefängnissen, an den EU-Außengrenzen und überall dort, wo Waffen made in Germany ein lukratives Geschäft sind.

Weiterlesen und -hören:

Semiya Şimşek: Schmerzliche Heimat. (Autobiografie der Tochter von Enver Şimşek, der 2001 vom NSU ermordet wurde.)

Dostluk Sineması (Hrsg.): Von Mauerfall bis Nagelbombe. Der NSU-Anschlag auf die Kölner Keupstraße im Kontext der Pogrome und Anschläge der neunziger Jahre.
<http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/aktuelles/neuerscheinung-von-mauerfall-bis-nagelbombe/>

Radioserie „Ein Prozess – ein Land – keine Gesellschaft – viel NSU“ <https://www.freie-radios.net/serie/einprozessinlandkeinegesellschaftvielnstu>

migazin.de: NSU weiter aktiv: Über 220 Straftaten mit NSU-Bezug seit November 2011 <http://www.migazin.de/2014/09/16/ueber220-straftaten-nsu-bezug-bekanntwerden/>

Verfasserin: Bündnis gegen Rassismus

Antisemitismus „made in Germany“

Das Aufflammen des Antisemitismus in Europa in den letzten Monaten war erschreckend, aber keineswegs überraschend. Antisemitische Ressentiments sind stets vorhanden und jederzeit abrufbar. Militärische Auseinandersetzungen im Nahost-Konflikt führten bereits in der Vergangenheit regelmäßig zur Eskalation von Judenhass und antisemitischer Gewalt. Es muss klar benannt werden, dass der auf Gaza-Soli Demos geäußerte Antisemitismus nicht von deutschen Neonazis ausging, sondern von Teilen der muslimischen Community in Deutschland und vermeintlich Friedensbewegten. Eine emanzipatorische Linke darf dazu nicht schweigen, weder aus falsch verstandenem Antirassismus noch aus bündnisstrategischen Überlegungen. Gleichzeitig muss klar gemacht werden, dass Antisemitismus weder ein Phänomen muslimischer Communities noch ein nach Deutschland „importiertes“ Problem ist, wie es Kulturkämpfer_innen verschiedener Couleur Glauben machen wollen.

Die SPD-Landtagsabgeordnete Sabine Wölfle aus Baden-Württemberg verlinkte kürzlich bei Facebook einen Kurzfilm einer verschwörungstheoretischen Internetplattform mit dem vielsagenden Titel „Die Rothschild-Matrix“ und kommentierte diesen zustimmend. Der Name Rothschild und der Verweis auf den angeblichen internationalen Einfluss der Familie ist eine spätestens seit dem Nationalsozialismus verbreitete Chiffre, die von Anhänger_innen antisemitischer Verschwörungstheorie weltweit verstanden und genutzt wird. In einer ersten Reaktion begründete die Politikerin ihr Posting mit dem „grundsätzlichen Misstrauen gegen Verflechtungen des Großkapitals“, dass sie als Sozialdemokratin habe. Mit religiösen Hintergründen habe das nichts zu tun. Konsequenzen für Wölfle, die sich bereits 2010 öffentlich gegen eine Vorführung des Lanzmann-Films „Warum Israel“ ausgesprochen hatte, wird der Vorfall aller Voraussicht nach nicht haben. Die SPD in Baden-Württemberg erklärte die Diskussion inzwischen für beendet. Darüber, wo in der BRD Antisemitismus anfängt, wird derzeit vor dem Münchener Landgericht gestritten. Der Herausgeber eines verschwörungstheoretischen, neurechten Magazins und regelmäßige Redner auf den sogenannten Montagsmahnwachen will gerichtlich untersagen lassen, dass er ein „glühender Antisemit“ genannt werden darf. Seine Chancen stehen nicht schlecht. So definierte die Richterin am ersten Verhandlungstag Antisemitismus als eine „Überzeugung, die das Dritte Reich nicht verurteilt“, die nicht losgelöst von 1933-1945 zu betrachten sei.

Die Kontinuitäten vom Nationalsozialismus zur deutschen Gesellschaft nach 1945 und insbesondere der BRD werden damit ausgeblendet. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dem Antisemitismus war stets dem nationalen deutschen Interesse untergeordnet. Diese Unterordnung trifft etwa auf die deutsche Außenpolitik zu. Das nicht zuletzt mit der Shoah begründete plakative Bekenntnis zu Israel stellt einen festen Bestandteil der deutschen Staatsräson dar. Eine Überwindung antisemitischen Denkens bedeutet dies keineswegs. Entgegen der bei jeder Gelegenheit herausposaunten „besonderen Verantwortung“ der vermeintlich geläuterten deutschen Nation für den Staat Israel ist festzustellen, dass das Unterlaufen der Sicherheit Israels de facto weiterhin Teil des staatlichen Handelns der BRD ist. Trotz vorhandener gesetzlicher Grundlage,

obrigkeitsstaatlicher Mittel und internationaler Ächtung macht die BRD keine Anstalten, deutsche Unternehmen daran zu hindern, Feinde Israels mit Waffen, Rüstungsgütern und militärisch verwendbaren Produkten auszustatten. Im Gegenteil zählen islamistische Diktaturen wie Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Kuwait und Katar mittlerweile zu den wichtigsten Abnehmern deutscher Rüstungsgüter. Hamas und Hisbollah bekämpfen Israel mit deutschen Sturmgewehren aus iranischer Lizenzproduktion.

Die Souveränität und das Existenzrechts Israels werden im deutschen Diskurs permanent angegriffen. Große Teile der Bevölkerung bis hin zu den gesellschaftlichen Eliten teilen und transportieren antisemitische Ressentiments. Eine im Herbst 2012 veröffentlichte Untersuchung kam zu dem Ergebnis, dass in allen den Nahost-Konflikt behandelnden deutschen Schulbüchern eine klare Rollenverteilung von israelischen Tätern und palästinensischen Opfern konstruiert wird. Generell wird Israel die Schuld an Gewalt und dem Konflikt gegeben. Gleichzeitig findet sich in allen untersuchten Schulbüchern nicht ein einziger Hinweis darauf, dass die Hamas Israel und alle Jüdinnen und Juden vernichten will.

Dies sind nur einige Beispiele dafür, dass wo für eine Welt ohne Antisemitismus, zuerst die deutschen Verhältnisse überwunden werden müssen.

Autonome Neuköllner Antifa

»Die Wahrheit
ist immer konkret.«

(Lenin)

Magazin für Politik & Kultur. Jeden Monat neu am Kiosk.

www.konkret-magazin.de

Im Gedenken an Burak

**Kein Vergessen -
gegen den alltäglichen Rassismus -
gegen Neonazis**



Die Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak gründete sich kurz nach dem Mord an Burak und hat bisher jeweils am Jahrestag der Tat im Gedenken an Burak zwei Demonstrationen durchgeführt. Um das Andenken an Burak zu erhalten und immer wieder darauf hinzuweisen, dass der Mörder bis heute nicht gefasst wurde, finden seit dem 5. Juni 2013 auch monatlich Mahnwachen an wechselnden Orten statt.

In der Nacht vom 4. auf den 5. April 2012 wurde Burak B. im Neuköllner Ortsteil Buckow/Britz, gegenüber vom Krankenhaus Neukölln auf offener Straße ermordet. Burak stand dort mit Freunden und unterhielt sich. Ein unbekannter weißer Mann ging gezielt auf die Gruppe migrantischer Jugendlicher zu und feuerte mehrere Schüsse auf sie ab. Der damals 22-jährige Burak wurde getroffen und starb - die Freunde Alex und Jamal wurden schwer verletzt. Es gab keinen Streit zwischen Opfern und Tätern – alles geschah wortlos. Aufgrund des Hergangs und der Umstände des Mordes an Burak – gerade vor dem Hintergrund des NSU-Komplexes – stellen wir die drängende und berechtigte Frage: War Rassismus wieder das Motiv?

Die polizeilichen Ermittlungen waren bisher nicht erfolgreich - der Mörder ist auf freiem Fuß und stellt weiter eine Gefahr dar.

An dieser Stelle muss auch auf Anschläge und Übergriffe durch Neonazis in Neukölln mit Schwerpunkt in Süd-Neukölln hingewiesen werden. Eine Chronik auf der Website der Autonomen Neuköllner Antifa reicht bis Mitte 1980 zurück (antifa-neukoelln.net/chronik). Insbesondere erwähnt seien die Brandanschläge auf das Kinder- und Jugendzentrum der Falken „Anton Schmaus Haus“ am 26./27. Juni 2011 und am 09.11.2011, sowie die Anschläge mit „Molotow-Cocktails“ auf die Einfamilienhäuser migrantischer Familien am 22. März 2008 und am 19./20. April 2008.

Anfang 2012 werden bundesweit von einer „Reichsbewegung-neue Gemeinschaft von Philosophen“ Briefe verschickt. In diesen wird offen gedroht: „wer am Tag X Deutschland noch nicht verlassen habe, werde standrechtlich erschossen“ – als Datum für die Ausreise nannten die „Reichsbürger“ den 1. August. Dieser Brief wurde vor allem an jüdische und muslimische Einrichtungen verschickt. Auch die Neuköllner Şehitlik-Moschee erhielt diesen achtseitigen Drohbrief. Selbst die umstrittene Behörde des Verfassungsschutz befürchtete, dass sich durch diesen „Reichsbürgerbrief“ Einzeltäter dazu aufgerufen fühlen könnten, aktiv zu werden.“

Bis vor anderthalb Jahren wohnte in der Nähe des Tatortes, in der Siedlung Möwenweg/ Goldhähnchenweg, eine junge Frau, die sich zum „Nationalen Sozialismus“ bekennt. Auf ihrem damaligen „Facebook-Profil“ bekundete sie Sympathie für den schrecklichen Mord an Burak. Sie ist mit den Protagonisten der Neuköllner Neonazi-Szene gut bekannt und befreundet.

Um auf das Problem „Rassismus in Süd-Neukölln“ aufmerksam zu machen, führte die Burak-Initiative am 5. Oktober 2014 die Mahnwache vor dem Fußballspiel der Berlin-Liga, TSV Rudow gegen Tennis Borussia, durch. Diese Begegnung, die auf dem Sportplatz an der Stubenrauchstraße stattfand, hat seit November 2011 eine besondere Brisanz. Denn seit Jahren sind Neuköllner Neonazis, rechtsoffene Hooligans und andere Rassist_innen vor allem bei den Spielen gegen TeBe immer wieder unter den Rudower Fans präsent. Mit ihrer Anwesenheit und ihren Parolen wollen sie die TeBe-Fans provozieren, weil diese bundesweit bekannt sind für ihre antirassistische und antifaschistische Fankultur.

Einerseits werden beim TSV Rudow im Jugendbereich auch viele Jungs mit Migrationshintergrund fußballerisch ausgebildet. Andererseits wird es von den Offiziellen des Vereins stillschweigend geduldet, dass Neuköllner NPD-Funktionäre gezielt jugendliche Rudow-Fans anwerben. Auf diesen Widerspruch wurde die Vereinsführung des TSV schon mehrmals hingewiesen. Sie ist aber offensichtlich nicht bereit, sich ernsthaft mit dieser Thematik auseinanderzusetzen.

Wir stellen abschließend fest, dass der Mörder von Burak weiterhin auf freiem Fuß ist und eine Gefahr darstellt - dass die Polizei ihre Ermittlungen in Richtung rassistische oder neo-nazistische Täter offensichtlich nicht weiterführt.

Unsere Initiative wird aber weiter daran arbeiten, dass dieser Mord aufgeklärt wird. Mit dem monatlichen Gedenken an Burak werden wir auch in Zukunft in der Öffentlichkeit präsent sein und das „Problem Rassismus“ thematisieren.

[Http://burak.blogspot.de](http://burak.blogspot.de)
www.facebook.com/burak.unvergessen
burak-initiative@web.de

Wo bleibt der Aufschrei?

Rede von Cornelia Kerth, Bundesvorsitzende der VVN-BdA, anlässlich des Tages der Erinnerung und Mahnung der Berliner VVN-BdA, am Mahnmal für die ermordeten Sinti und Roma, 14. September 2014

Hinter uns steht eine viel größere Bühne, auf der die Bundeskanzlerin heute Nachmittag zum Thema „Nie wieder Juden Hass in Deutschland“ sprechen wird. Der Grund dafür sind antisemitische Äußerungen, die man in den vergangenen Wochen auf deutschen Straßen hören und lesen konnte und Anschläge auf jüdische Einrichtungen. Dass es deshalb einen Aufschrei gibt, ist richtig und wichtig.

Allerdings frage ich mich, wo dieser Aufschrei blieb, als im vergangenen Jahr in ganz Deutschland, in jedem Winkel, die Plakate hingen, von denen Petra Rosenberg vorhin gesprochen hat. (Sie sprach über NPD-Plakate mit dem Slogan „Gas geben“.) Wo blieb die Intervention der Politik, als sämtliche Anzeigen wegen Volksverhetzung, die von den verschiedenen Vertretungen der Sinti und Roma flächendeckend erstattet worden sind, von deutschen Gerichten zurückgewiesen wurden, weil z. B. der Text „Mehr Geld für die Oma statt für Sinti und Roma“ auch ein „Meinungsbeitrag“ zur Verteilung knapper öffentlicher Mittel sein könnte? Da gab es keinen Aufschrei und kein Wort von der Kanzlerin. Das ist ein Skandal!

Als das Mahnmal vor nun fast zwei Jahren eingeweiht wurde, dankte die Bundeskanzlerin Romani Rose für seinen 20 Jahre währenden Kampf um dieses Mahnmal. Das war schon eine besondere Qualität, die langjährige Verweigerung und den inhaltlichen Widerstand mehrerer Bundesregierungen schön zu reden. In den ersten Jahren wurde darüber diskutiert, dass es keine verlässliche Zahl für die Opfer dieses Völkermords gäbe. Gewissermaßen wurden so die Überlebenden und Nachkommen dafür verantwortlich gemacht, dass der Holocaust an den Sinti und Roma bis heute nur mangelhaft erforscht wurde. Die letzten 5 Jahre wurde eine Debatte darum geführt, ob nicht doch der Begriff „Zigeuner“ auf den Tafeln des Mahnmals verwendet werden sollte. Ich bin häufig bei Veranstaltungen und Gesprächsrunden

mit Sinti und Roma anwesend und es bleibt nie aus, dass irgendein Bekloppter die Frage stellen muss, warum man denn nicht mehr „Zigeuner“ sagen darf. Wenn dann die Antwort lautet, dass Menschen, die dieses Wort nur als Schimpfwort kennen, es nicht mehr hören wollen, kann es passieren, dass jemand seine Sorge äußert, dass das Verschwinden dieses Wortes zur „Verarmung der deutschen Sprache“ führe, er selbst habe so viele romantische Kindheitserinnerungen, die damit verbunden seien. In diesem Sinne stellt das Mahnmal auf keinen Fall einen Endpunkt dar, sondern muss als Bezugspunkt für die weitere Auseinandersetzung mit dem allgegenwärtigen Antiziganismus begriffen werden.

An dem Tag, an dem das Denkmal eingeweiht wurde, hatte dort eine Gruppe junger Sinti und Roma Jutetaschen umgehängt, auf denen geschrieben stand: „67 Jahre zu spät“. Das waren 67 Jahre, in denen die Überlebenden von Deportation und Völkermord erleben mussten, dass sie in der postfaschistischen Gesellschaft kein Mitleid zu erwarten hatten, keine Reue, keine Scham. Niemand hat sie je um Verzeihung gebeten. An den Verhältnissen, die die Deportation möglich gemacht hatten, hatte sich nichts geändert: Die 1899 in München gegründete „Zigeunerzentrale“, die 1939 nach Berlin verlegt und dort dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) eingegliedert worden war, wurde 1946 nach der Zerschlagung der faschistischen Institution wieder als „Zigeunerstelle“ nach München zurück verlagert. Bis 1970 wurden dort alle Sinti und Roma kriminaltechnisch erfasst. – Bereits 1948 wurde in Baden-Württemberg wieder ein „Leitfaden zur Bekämpfung des Zigeuner-Unwesens“ erlassen. Noch 1956 urteilte der Bundesgerichtshof, die Verfolgung der Sinti und Roma sei nicht rassistisch begründet gewesen, sondern als „kriminalpräventive Maßnahme“ zu betrachten. Erst 1982 – nach einem Hungerstreik junger Sinti und Roma in Dachau – erkannte der damalige Bundeskanzler

JEDER SCHRITT WIRKLICHER BEWEGUNG IST WICHTIGER ALS EIN DUTZEND PROGRAMME. Karl Marx

**Unterstützen Sie streitbaren linken Journalismus!
Verschenken Sie ein Abo – egal, ob gedruckt oder als
ePaper – für ein Viertel-, ein halbes
oder ein ganzes Jahr.**

**Unser Abo-service berät Sie gern.
Telefon: (030) 29 78 18 00**



www.neues-deutschland.de/abo

neues deutschland
DRUCK VON LINKS

Helmut Schmidt an, dass es einen Völkermord an den Sinti und Roma gegeben hatte. Da waren viele der Überlebenden schon gestorben.

Wer heute in Entschädigungsakten von Sinti und Roma recherchiert und nicht völlig verroht ist, dem treten Tränen der Trauer und der Scham in die Augen. Was Gutachter, Ämter und Gerichte in der Bundesrepublik Deutschland den Überlebenden entgegenhielten macht fassungslos. Das geht weit über die Leugnung, Verdrängung und Rechtfertigung hinaus, die die Verfolgten des Naziregimes ja auch aus allen anderen Zusammenhängen kennen und ist der personellen Kontinuität der dort Tätigen geschuldet: Wie der Leiter der „Rassehygienischen Forschungsstelle“, Robert Ritter, wurden viele ehemalige Mitarbeiter_innen des RSHA ebenso wie diejenigen der Münchner „Zigeunerstelle“ als „Experten“ für die „Wiedergutmachungs“-Anträge von Sinti und Roma tätig.

Der über Jahrhunderte entwickelte und tradierte Antiziganismus, der den Sinti und Roma an allen Ecken entgegenschlägt, ist heute nicht weniger grausam als in den 1920er oder 1950er Jahren. Statt ihm entgegenzutreten, statt Menschen, deren unvorstellbarem Leid hier ein Denkmal gesetzt wurde, Schutz zu gewähren, statt die Verantwortung wahrzunehmen, von der Frau Merkel bei der Einweihung sprach, schüren deutsche Politiker das Ressentiment des Stammtischs und – auch das muss gesagt werden: der Salons – in Worten und Taten. An dem Tag, an dem das Mahnmal eingeweiht wurde und die Bundeskanzlerin von Verantwortung sprach, sprach der Innenminister Friedrich in die Mikrophone der Bundespressekonferenz, dass Deutschland vor der Zuwanderung von „Armutsfüchtlingen“ in seine Sozialsysteme geschützt werden müsse. Er wolle dafür Sorge tragen, dass die EU die Freizügigkeit für Menschen aus Bulgarien und Rumänien wieder aufhebe. Man muss nicht „Roma“ sagen, damit alle wissen, dass Roma gemeint sind, vor denen der deutsche Sozialstaat geschützt werden müsse. In den Tagen, als hier das Mahnmal für die ermordeten Sinti und Roma Europas eingeweiht wurde, wurden Hunderte ihrer Nachkommen aus Deutschland abgeschoben.

Deutsche Politiker hatten von Anfang an die Zerstörung der Bundesrepublik Jugoslawien und die Anerkennung ihrer ethnisch konstruierten Nachfolgestaaten gefördert. Mit einem unglaublich zynischen „Nie wieder Auschwitz“ haben deutsche Bomben und deutsche „Schutztruppen“ dazu beigetragen, sie zu stabilisieren. Die ersten Opfer der neuen Staaten waren die Roma, die überall vertrieben wurden. Kriegsflüchtlinge, die nach Deutschland kamen, mussten z. T. länger als 20 Jahre mit einer „Duldung“ leben, die je nach politischer Situation für Tage, Wochen oder Monate, maximal für ein halbes Jahr verlängert wurde. Ihr Aufenthalt war auf einen Ort beschränkt, sie hatten nur eingeschränkt Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung und nahezu keinen Zugang zu Arbeit und Ausbildung. Und als Auswärtiges Amt und Innenministerium der Meinung waren, nun sei in den ex-jugoslawischen Staaten „Normalität“ eingetreten, sollten sie in ihre „Heimatländer“ zurückkehren, die es gar nicht gab. Ihre Heimat war die Bundesrepublik Jugoslawien gewesen. Die Situation, die die aus Deutschland Abgeschobenen in Serbien, Kroatien, Montenegro erwartet, ist bekannt und vielfach dokumentiert.

Als an dem Tag, an dem das Mahnmal eingeweiht wurde und die Kanzlerin von Verantwortung sprach, eine Gruppe junger Roma mit Schildern und Rufen an die Abgeschobenen erinnerte, wurden sie vom Zeremonienmeister zurechtgewiesen: das sei an diesem Tag kein Thema!

Die Aufnahme Serbiens, Bosniens und Mazedoniens in die Liste „sicherer Herkunftsländer“ erlaubt nun ihre Abschiebung ohne Prüfung ihres Falls – trotz bekannter Diskriminierung, Ausgrenzung und ständiger Bedrohung. Das ist ein unerhörter Skandal! Verantwortung wahrzunehmen, hieße im Fall der Flüchtlinge, sie so aufzunehmen, wie man in den 1990er Jahren jüdische Nachkommen der Holocaust-Opfer aus der zerfallenen Sowjetunion aufgenommen hat. Dafür werden wir uns weiter einsetzen.

Wir werden uns auch weiter dafür einsetzen, dass endlich Schluss gemacht wird mit der Diskriminierung und Stigmatisierung der Sinti und Roma in Deutschland; Wir unterstützen Initiativen zur Anerkennung ihrer Kultur, ihrer Sprache und ihrer Forderung nach gleichberechtigter Teilhabe an dieser Gesellschaft, die eben auch ihre Gesellschaft ist.

Und wir unterstützen die Initiativen, die darauf zielen, dass Volksverhetzung auch Volksverhetzung genannt wird, dass sie unterbunden und die Partei, von der sie ausgeht, endlich verboten wird!

(Conny arbeitet für den Hamburger Landesverein der Sinti und Roma)



Deutsches Jahr

9. November, Bad Berleburg / Siegen (Nordrhein-Westfalen)

Schändung zweier jüdischer Friedhöfe (Bad Berleburg, Hermelsbach), in der Nacht vom 8. auf den 9. November, durch die Anbringung von Transparenten mit der Aufschrift: „Die ewige Lüge lebt weiter“ und dem Symbol des Davidsterns. Das symbolträchtige Datum und die Tatsache, dass die Schändung zeitgleich an zwei getrennten Orten stattfand, verleiht der Tat eine besondere Bedeutung.

9. November, Steglitz (Berlin)

Eine Gedenkveranstaltung anlässlich des 75. Jahrestags der Novemberpogrome in Berlin Steglitz wird von zwei Männern gestört, die während der Rede des Bezirksbürgermeisters antisemitische Plakate hochhalten.

23. November, Berlin

Am Morgen attackiert ein Mann drei spanische Touristen in der U-Bahn, er beleidigt sie zunächst und schlägt dann unvermittelt zu. Ein 22-jähriger Spanier erleidet eine Platzwunde am Auge.

23. November, Oldenburg (Niedersachsen)

Erneute Schändung eines jüdischen Friedhofes in Oldenburg. In der Nacht zum Totensonntag (24.1.) werden acht Gräber und die Trauerhalle großflächig mit Hakenkreuzen beschmiert. Verdächtigt wird ein 32-jähriger aus der rechten Szene, welcher am Samstag zuvor bei Hakenkreuz-Schmierereien an einer Autobahnbrücke beobachtet wurde.

28. November, Prenzlauer Berg (Berlin)

Zwei Männer beleidigen den Betreiber eines Imbisses in rassistischer Weise und rauben ihn anschließend aus.

18. Dezember, Wedding (Berlin)

In der Nacht wird ein Fahrgast in der U-Bahn von zwei Männern auf rassistische Weise beleidigt. Er versucht die Beleidigungen zu ignorieren. Daraufhin steht einer der Männer auf und schlägt ihm mehrmals ins Gesicht.

2014

1. Januar, Hellersdorf (Berlin)

In der Nacht zerstören Unbekannte zwei Eingangstüren des Flüchtlingsheims mithilfe von Pyrotechnik.

4. Januar, Wedding (Berlin)

Am Abend beleidigt ein Mann einen 28-jährigen auf einem Bahnsteig in rassistischer Weise, anschließend schlägt der Mann zu und bedroht das Opfer mit einem Messer. <außerdem schiebt er den Angegriffenen ins Gleisbett, dieser erleidet Kopf- und Beinverletzungen.

4. Januar, Friedrichshain (Berlin)

Im Rahmen von Bauarbeiten werden vor der Marchlewskistraße 100 drei Stolpersteine entfernt. Trotz Zusicherung der Baufirma werden die Stolpersteine nach Beendigung der Bauarbeiten nicht wieder eingesetzt. Der Verbleib ist unklar.

21. Januar, Wilmersdorf (Berlin)

Ein 20-jähriger aus dem Senegal gerät in einen Wortwechsel, in dessen Verlauf er von seinem Kontrahenten auf rassistische Weise beschimpft und mit Reizgas besprüht wird.

22. Januar, Seeheim (Hessen)

Zum wiederholten Mal werden am Rathaus von Seeheim (Hessen) Scheiben mit zuvor gestohlenen Stolpersteinen eingeworfen. Die Steine, die an die Opfer des Nationalsozialismus erinnern, waren im November kurz nach ihrer Verlegung in Weiterstadt entwendet worden.

28. Januar, Hellersdorf (Berlin)

In der Nacht wird ein Anschlag auf das Flüchtlingsheim verübt, in dem ein Feuerwerkskörper durch ein angeklapptes Fenster geworfen wird.

2. Februar, Oberschönevide (Berlin)

Zwei Männer hetzen am Abend einen dunkelhäutigen Mann durch eine Straße und werfen Bierflaschen nach ihm. Zwei Türsteher eines Clubs werden Zeugen und schreiten ein, laut ihnen brüllten die Angreifer außerdem rechte Parolen.

11. Februar, Dachau (Bayern)

Neonazis beschmieren das Jugendzentrum „Freiraum“ in Dachau großflächig mit antisemitischen, neonazistischen und drohenden Parolen bzw. Symbolen. Neben knapp einem Dutzend Hakenkreuzen, „NS“, „SS“- und „White Power“-Sprühereien, finden sich auch die Schriftzüge „NSU“, „Judenschweine“ (sowie ein Davidstern), „Anti-Antifa“ und die Drohung „Wir kriegen euch alle“

22. Februar, Dresden (Sachsen)

Passanten beobachten am Abend wie ein Angreifer auf einen Mann mit asiatischem Aussehen einschlägt. Als Beobachter zur Hilfe eilen wollen, schlägt der Angreifer auch diese. Außerdem zeigt er mehrfach den Hitlergruß.

22. Februar, Rangsorf (Brandenburg)

Eine Person wird aus antisemitischen Motiven Opfer einer gefährlichen Körperverletzung. Die Polizei ermittelt einen Tatverdächtigen.

4. März, Kreuzberg (Berlin)

In der Nacht brennt das Zelt eines Bewohners des Flüchtlingscamps auf dem Oranienplatz. Erst auf Drängen hin werden die polizeilichen Ermittlungen dem Staatsschutz übertragen.

5. März, Merseburg (Sachsen-Anhalt)

Unbekannte beschmieren in der Nacht das Mahnmal für die in der Nazizeit ermordeten Sinti und Roma mit Fäkalien.

15. März, Neukölln (Berlin)

Ein 27-jähriger Mann wird gegen 2.20 Uhr in der Hermannstraße Ecke Boddinstraße von zwei Männern angegriffen und durch Faustschläge und Fußtritte verletzt. Der 27-Jährige hatte mit mehreren Zeugen von der anderen Straßenseite beobachtet, wie eine Gruppe von Personen vor einem Lokal antisemitische Parolen gerufen und einige den sogenannten „deutschen Gruß“ gezeigt haben. Die Polizei nimmt einen der Täter fest.

28. März, Hamburg

Die Bekleidungskette H&M nimmt ein T-Shirt, das als Aufdruck einen Totenkopf in der Mitte eines Davidsterns zeigt, nach heftiger Kritik aus dem Sortiment. Der Konzern bedauert den Vorfall und gibt an, es sei nicht beabsichtigt gewesen, „eine derartige Reaktion zu erregen“.

31. März, Chemnitz (Sachsen)

Ein unbekannter Mann beschimpft im Stadtzentrum zunächst eine 42-jährige Syrerin, die ein Kopftuch trägt. Anschließend versucht er ihr das Kopftuch herunterzureißen. Als sich die Frau wehrt, fängt er an, sie zu schlagen und zu treten. Der Angreifer flüchtet, als Passanten zur Hilfe eilen.

1. April, Mitte (Berlin)

Eine 63-jährige Frau wird an der Kreuzung Leipziger Ecke Friedrichstraße von einem 50-jährigen Mann rassistisch und antisemitisch beleidigt. Ein 23-jähriger Mann, der helfend eingreift, wird von dem 50-Jährigen, der auch „volksverhetzende“ Äußerungen macht und den rechten Arm hebt, ins Gesicht geschlagen.

2. April, Merseburg (Sachsen-Anhalt)

Zwei Rumänen werden von einem 21-jährigen zunächst beschimpft und dann mit einer Eisenstange attackiert. Ein Zeuge des Geschehens, der die Lage beruhigen will, wird von dem Angreifer mit einem Messer bedroht.

9. April, Friedrichshain (Berlin)

Am U-Bahnhof Warschauer Straße wird eine Frau aus Guinea von einer Unbekannten zunächst beleidigt und anschließend attackiert. Die Frau aus Guinea und ein Zeuge des Vorfalls folgen der Angreiferin bis zum S-Bahnhof. Dort beschimpft die Unbekannte sie erneut und bespuckt sie. Danach ergreift die Angreiferin die Flucht.

19. April, Hoyerswerda (Sachsen)

Ein Unbekannter verschafft sich in der Nacht Zugang zum Gelände des Heims und schlägt mit einem Hammer mehrmals gegen eine Fensterscheibe. Im Raum dahinter schlafen zu diesem Zeitpunkt Menschen. Es kommt jedoch niemand zu Schaden.

24. April, Schwetzingen (Baden-Württemberg)

Am Abend wird ein 18-jähriger mit türkischem Migrationshintergrund von mehreren Männern beschimpft und angegriffen. Der 18-jährige erleidet schwere Gesichtsverletzungen und muss mehrere Stunden operiert werden. Von einem rechtsextremen Motiv ist auszugehen, da die Männer dem Opfer zufolge vor dem Angriff rassistische Parolen skandierten hatten.

25. April, Kreuzberg (Berlin)

Mehrere junge Männer umringen und schlagen einen Israeli in der Graefestraße. Hierbei ist von einem antisemitischen Übergriff auszugehen.

30. April, Köpenick (Berlin)

In der Nacht verübten zwei Männer einen Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft, indem sie die Notausgangstür des Gebäudes mit einer Flüssigkeit besprühten und diese anzündeten. Der Polizei zufolge zeigt einer der Täter den Hitlergruß. Das Feuer erlischt von selbst. Es wird niemand verletzt.

3. Mai, Hellersdorf (Berlin)

Ein 26-jähriger wird in einer Parkanlage aufgrund seiner Hautfarbe in rassistischer Weise beleidigt und attackiert.

20. Mai, Friedrichshain (Berlin)

Am Abend bedrängt eine Gruppe von mehreren Punks am Ostkreuz einen Straßenmusiker. Sie beschweren sich lautstark über seine „Negermusik“ und versuchend, ihn zu vertreiben. Als zwei Passanten sich einmischen, werden diese als „Juden-schwuchtel“, „Scheißnigger“ und „Itzi“ beschimpft. Aus der Gruppe hinaus wird dabei mehrfach auch der Hitlergruß gezeigt.

27. Mai, Friedrichshain (Berlin)

In der Nacht verwüsten Unbekannte das Lokal eines Ägypters. Außerdem beschmiereten sie die Wände mit rechtsextremen Parolen.

3. Juni, Rheinstetten (Baden-Württemberg)

Im Laufe einiger Wochen ist eine Flüchtlingsunterkunft unterschiedlichen Bedrohungen ausgesetzt. Es fahren mehrfach Autos vor, deren Insassen ausländische Parolen rufen. Die Leitung des Heims und ehrenamtliche Helfer erhalten anonyme Drohbriefe. Es werden Schüsse vor der Unterkunft abgegeben und es wird ein Behälter mit einem Benzin-Öl-Gemisch auf der Auffahrt gefunden.

10. Juni, Mitte (Berlin)

In der Nacht wird ein 33-jähriger Mann im S-Bahnhof Gesundbrunnen auf rassistische Weise beleidigt und anschließend mit Fäusten geschlagen. Der Angegriffene stürzt und erleidet Prellungen am Kopf. Zudem verliert er beim Sturz einen Schuh, den die weibliche Begleitung des Angreifers auf die Schienen wirft.

17. Juni, Charlottenburg (Berlin)

Eine 49-jährige Frau schlägt zunächst einer, in der Schlange vor einem Imbissstand wartenden Touristin mit der Faust in den Rücken. Des weiteren beleidigt sie einen 42-jährigen wegen seiner Hautfarbe auf rassistische Weise und spuckt ihn an.

17. Juni, Staakow (Brandenburg)

Unbekannte Täter schänden den jüdischen Friedhof, in dem sie eine Informationstafel im Eingangsbereich zerkratzen und durch Steinwürfe drei gläserne Stehlen beschädigen, welche über die KZ-Außenstelle Jamlitz informieren.

20. Juni, Hamburg

Bei einer Mahnwache für die drei entführten israelischen Jugendlichen wird ein über 83 Jahre alter Teilnehmer von einem Gegendemonstranten zu Boden gestoßen und derart schwer verletzt, dass der alte Mann zur Behandlung in ein Krankenhaus gebracht werden muss. Als die Tochter des Verletzten ihrem Vater helfen will, wird sie ebenfalls von dem Gegendemonstranten getreten und von einer weiteren Gegendemonstrantin aggressiv beschimpft.

21. Juni, Friedrichshain (Berlin)

Eine aus Gabun stammende Frau wird am Mittag beim Joggen unvermittelt ins Gesicht geschlagen und auf rassistische Weise beleidigt. Die Frau erleidet Prellungen, Hämatome und Platzwunden im Gesicht.

4. Juli, Wismar (Mecklenburg-Vorpommern)

Unbekannte Täter übergießen insgesamt acht Gedenksteine für NS-Opfer mit Beton. Sechs der Stolpersteine können gereinigt werden. Die Kriminalpolizei nimmt Ermittlungen wegen gemeinschädlicher Sachbeschädigung auf.

5. Juli, Lichtenberg (Berlin)

In der Nacht bedroht ein Mann zwei libanesischen Autofahrer mit einer Axt und beschimpft einen von ihnen in rassistischer Weise.

7. Juli, Tiergarten (Berlin)

Am Nachmittag wird ein 67-jähriger Mann nach einem Streit von zwei Männern mehrfach getreten und ins Gesicht geschlagen. Er muss danach unter anderem wegen mehrerer Platzwunden im Gesicht im Krankenhaus behandelt werden. Der 67-jährige trug nach eigenen Angaben eine Mütze mit Davidstern, während des Vorfalls, was auch die Ursache für die Auseinandersetzung gewesen sei.

17. Juli, Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen)

In Düsseldorf wurden zahlreiche jüdische Mitbürger aus Düsseldorf antisemitische Postkarten geschickt.

18. Juli, Weimar (Thüringen)

Am Nachmittag ruft eine Gruppe von Männern in der Gedenkstätte Buchenwald rechtsradikale Parolen, einige von ihnen zeigen den Hitlergruß.

19. Juli, Neukölln (Berlin)

Ein muslimischer Geistlicher ruft in einem Video zur Vernichtung Israels auf. Das Video wurde angeblich in der Al-Nur Moschee in Neukölln aufgenommen. Der Prediger Abu Bilal Ismail bezeichnet unter anderem zionistische Juden als „Schlächter des Propheten“. Sie würden in Gaza Blut vergießen, Kinder töten, Frauen zu Witwen machen. Die Ansprache gipfelt schließlich in der Bitte des Predigers, Allah möge die israelischen Angreifer zählen. Bis zum allerletzten Mann töten und keinen einzigen verschonen.

19. Juli, Neukölln (Berlin)

Unbekannte werfen in der Nacht zum Samstag in der Fritz-Reuter-Allee eine am Museum Neukölln aufgestellte Litfaßsäule um. Diese gedenkt den von Nazis ermordeten Dieter Erich Mühsam.

21. Juli, Berlin

Vor der israelischen Botschaft skandieren Demonstranten etliche Male: „Jude, Jude, feiges Schwein – komm heraus und kämpf allein.“

24. Juli, Herne (Nordrhein-Westfalen)

Das Mahnmal für Holocaust-Opfer wird erneut beschädigt, indem Teile des Bauzauns gegen in Beton eingelassene Glaskörper geworfen werden. 13 dieser Okulare werden beschädigt. Nach ersten Schätzungen entsteht ein Sachschaden von ca. 10.000 Euro.

24. Juli, Charlottenburg (Berlin)

Ein 18-jähriger Mann wird von einem Unbekannten offenbar wegen seiner Kippa auf der Straße angegriffen und ins Gesicht geschlagen. Er wird nur leicht verletzt, da er in eine nahegelegene Synagoge fliehen kann.

29. Juli, Friedrichstadt/Dresden (Sachsen)

Vier Männer überfallen eine Frau und ihren tunesischen Gast in ihrer Wohnung. Sie klingeln zunächst an der Tür. Als die Frau öffnet, drängen die Männer in die Wohnung, schlagen auf die beiden ein und skandieren lautstark rassistische Parolen.

10. August, Suhl (Thüringen)

Ein unbekannter Täter zerstört mit einem Stein die Fensterscheibe der Gemeinschaftsküche eines Flüchtlingsheims. Zudem wird versucht, die elektrischen Leitungen im Inneren des Laternenmastes anzuzünden.

15. August, Potsdam (Brandenburg)

Zwei junge Männer greifen am Abend eine aus Russland stammende, gehbehinderte Bewohnerin eines Flüchtlingsheims an. Sie schlagen und treten die im Rollator Sitzende unvermittelt mitten auf der Straße.

16. August, Mitte (Berlin)

Ein Neonazi beleidigt einen türkischen Besucher eines Cafés. Anschließend zieht der 25-jährige sein T-Shirt hoch und präsentiert ein auf seine Brust tätowiertes Hakenkreuz. Trotz mehrfacher Aufforderung weigert sich der Mann, das Lokal zu verlassen.

26. August, Hannover (Niedersachsen)

In der Nacht geht im Dachstuhl eines Rohbaus für ein Flüchtlingsheim Dämmmaterial in Flammen auf, welche die umstehenden Flaschen Propangas erhitzen. Die Brandermittler gehen von Brandstiftung aus.

30. August, Schöneberg (Berlin)

Am frühen Morgen beleidigen Unbekannte eine Frau aufgrund ihrer dunklen Hautfarbe zunächst in rassistischer Weise. Anschließend schubst einer der Angreifer die auf Krücken laufende Frau, woraufhin diese stürzt und leichte Verletzungen davon trägt.

15. September, Tiergarten (Berlin)

Unbekannte beschmiereten ein jüdisches Mahnmal und mehrere Gegenstände mit antisemitischen Parolen.

25. September, Kreuzberg (Berlin)

Einem 31-jährigen Tourist wird auf der Straße ein Davidstern, den er an seiner Halskette trägt, abgerissen. Während der Tat fallen antisemitische Beleidigungen.

27. September, Neukölln (Berlin)

In der Wohnung einer Bekannten geraten ein 30-jähriger und ein 28-jähriger in Streit. Der Ältere beleidigt den Jüngeren zunächst in rassistischer Weise, dann fügt er ihm mit einem Hammer schwere Kopfverletzungen zu. Mit Hilfe der Frau kann der Angegriffene fliehen.

Termine im November

Donnerstag, 6. 11., 16 H **Denkmal für Arbeiterwiderstand, Nöldnerplatz, Lichtenberg**

Gedenken zum 70. Jahrestag der Ermordung der antifaschistischen Widerstandskämpfer Arthur Weisbrodt und Erwin Nöldner

VVN-BdA Lichtenberg

7. und 8. 11. **Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4**

Konferenz: Der (un-)vergessene Widerstand der Arbeiter – Perspektiven für Geschichtsbewusstsein und Erinnerungskultur

Freitag, 19:30 H,
Filmvorführung: »Dein unbekannter Bruder«, DDR 1982,
Regie: Ulrich Weiß, nach Willi Brede

Samstag, 10 - 17 H,
Vorträge und Diskussionen

Konferenz von RLS, VVN/BdA und Stiftung „Haus der Demokratie und Menschenrechte, www.rosalux.de/event/51866/der-un-vergessene-widerstand-der-arbeiter.html

Sonntag, 9. 11., 11 H **Rundgang zu ehemaligen Stätten jüdischen Lebens in Pankow.**

Treffpunkt: Vor dem ehemaligen jüdischen Waisenhaus Pankow (Berliner Str. 120/21, Nähe S/U Pankow)

VVN-BdA Berlin-Pankow e.V.

Samstag, 8. 11., 11 H, **Köpenick, Freiheit 8,** **Tafel für die ehemalige Synagoge**

Gedenkveranstaltung anlässlich der

Pogromnacht 1938, Anschließend Rundgang „Jüdisches Leben in der Köpenicker Altstadt“

Sonntag, 9. 11., 11 H, **Rathaus Treptow,** **Neue Krugallee 4**

Matinee aus Anlass des Jahrestages der faschistischen Pogromnacht vom 11. 1938

Zum Gedenken an die Opfer des faschistischen Terrors, zur Mahnung und zum Kampf gegen Neonazismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz

Es spricht Jörn Schüttrumpf
Es singt der Erich - Fried - Chor

Bund der Antifaschisten Treptow e.V., Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Bund der Antifaschisten Köpenick e.V.

10. 11., 10:30 H, **Jüdischer Friedhof,** **Schönhauser Allee**

Ehrendes Gedenken an die Opfer der Pogromnacht 1938

Es spricht Dr. Peter Kirchner

BO Prenzlauer Berg der Berliner VVN-BdA e.V.

Donnerstag, 6. 11., 19 H **k-fetisch, Wildenbruchstr. 86,** **12045 Berlin-Neukölln**

Vortrag: Ausgrenzung als Kontinuität

Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V.

Dienstag, 11. 11., 18 H, **Haus der Demokratie und Menschenrechte,** **Greifswalder Str. 4**

Zeitzeugengespräch: „Weil ich es denjenigen schuldig bin, die im Lager geblieben und gestorben sind“

In Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung. Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V.

Freitag, 14. 11., 19 H **Galerie Olga Benario,** **Richardstr. 104, 12043** **Berlin-Neukölln**

Abendveranstaltung: Löchriges Reden – Hallendes Schweigen. Nationalsozialismus und Familiengeschichten:

Eine Spurensuche in der deutschen Mehrheitsgesellschaft.

Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V.

Mittwoch, 19. 11., 19 H, **Café Cralle, Hochstädter** **Str. 10a, 13347 Berlin-Wedding**

Film und Vortrag zur aktuellen Situation des Gedenkortes ehemaliges KZ Uckermark

Der Film „Zugang erwünscht“ (50 min) von James Rosalind und Sven Schütze wird gezeigt.

Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V.

Sonntag, 9. 11., 12 H, **Denkmal für die ermordeten Juden Europas,** **Cora-Berliner-Straße 1,** **10117 Berlin**

Stadtspaziergang „Berlin als Erinnerungslandschaft“

Mittwoch, 5. 11., 19 H, **Alte Zollgarage im** **Flughafen Tempelhof** 80 Jahre KZ Columbia

11. 1934

Auftakt zur Verfolgung schwuler Männer

Vortrag: Dr. Andreas Pretzel
Moderation: Prof. Günther Morsch

Förderverein zum Gedenken an die Naziverbrechen um das und auf dem Tempelhofer Flugfeld e.V.

Donnerstag, 13. 11., 19 H, **Polizeihistorische Sammlung,** **Platz der Luftbrücke 6,** **12101 Berlin**

80 Jahre KZ Columbia
Gefährliche Menschenbilder

Vortrag: Dr. Jens Dobler
Moderation: Prof. Rüdiger Lautmann

Veranstalter: Förderverein zum Gedenken an die Naziverbrechen um das und auf dem Tempelhofer Flugfeld e.V.

Donnerstag, 13. 11., 14 H, **Konrad-Wolf-Str./Simon-Bolivar-Str. (Tramhaltestelle M5)**

Rundgang in Gedenken an die Novemberpogrome in Hohenschönhausen

Vor 76 Jahren zerstörten Deutsche die Geschäfte und Synagogen ihrer jüdischen Nachbar*innen. Das Pogrom war der Beginn der Deportation und Ermordung eines Großteils der europäischen Jüdinnen*Juden. Aus diesem Grund soll ein Rundgang zu Orten jüdischen Lebens in Hohenschönhausen stattfinden. Zudem wollen wir die verlegten Stolpersteine putzen.

Antifa Hohenschönhausen

Montag, 10. 11., 19 H, **Weites Theater, Parkaue 23,** **10367 Berlin; Nähe U-Bhf** **Frankfurter Allee**

„Ich habe mir gesagt, ich muss raus, ich muss raus“ - Veranstaltungsreihe zum 75. Jahrestag der Beendigung der Kindertransporte“

Film: Kindertransport – In eine fremde Welt

Der Film „Kindertransport – In eine fremde Welt“ dokumentiert diese unter dem Begriff „Kindertransport“ durchgeführte Aktion mit einer Fülle sorgfältig recherchierten Bildmaterials und zahlreichen Interviews mit geretteten Kindern, Retter*innen, Eltern und Pflegeeltern. Er zeigt auch, welche Spuren diese Aktion bei den Kindern hinterlassen hat. Eines dieser Kinder ist Deborah Oppenheimer, die Produzentin des Films.

Montag, 17. 11., 18:30 H, **Café Sibylle, Karl-Marx-Allee** **72, 10243 Berlin**

Antifa Jour Fixe der Berliner VVN-BdA

Der „Judenkönig“
Zum 100. Geburtstag von Kurt Julius Goldstein (* 4.11.1914)

ANTIFA-Jour Fixe der Berliner VVN-BdA

Immer am 3. Montag des Monats, Immer um 18:30 H, Immer im Café Sibylle.

Donnerstag, 20. 11., 15 H, **Studentenwohnheim** **Ferdinand Thomas,** **Storkower Str. 225**

Gedenken zum 70. Jahrestag der Ermordung des antifaschistischen Widerstandskämpfers Ferdinand Thomas

VVN-BdA Lichtenberg

Donnerstag, 27. 11., 20 H, **SO36, Oranienstr. 190,** **10999 Berlin-Kreuzberg**

Lesung mit Esther Bejarano und Konzert mit Bejaranos & Microphone Mafia

Esther Bejarano, Überlebende der KZs Auschwitz und Ravensbrück liest aus ihrem neuen Buch „Erinnerungen“. Im Anschluss wird sie mit ihrem Sohn Joram und der Kölner Hip-Hop Band Microphone Mafia auftreten.